

ZUKUNFT BRAUCHT ERFAHRUNG

souverän



Europawahlen am 26. Mai 2019

Wählen gehen – Demokratie stärken!



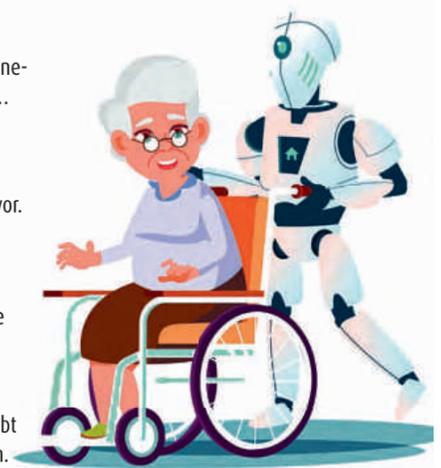
Schön, wenn man einfach überall hinfahren kann.

Der Volkswagen Konzern ist mit 69 Standorten in der Europäischen Union vertreten und beschäftigt hier über 464.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir sind überzeugt: Zusammenhalt und Kooperation zwischen den Menschen und Staaten in Europa sind unverzichtbare Grundlagen für Frieden, Freiheit, Wohlstand und wirtschaftlichen Fortschritt. Für den Volkswagen Konzern ist das vereinte Europa Zuhause und Zukunft.

Kraftstoffverbrauch in l/100 km: 5,5 (innerorts)/3,8 (außerorts)/4,4 (kombiniert), CO₂-Emissionen in g/km: 101 (kombiniert).



18



IMPRESSUM

Herausgeber:
Senioren-Union der CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhofstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdi.de
www.senioren-union.de

Verlag:
Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Geschäftsführer: Martina Schmitz,
Alexander Lenders
Verlagsleiter: Gunter Rowe
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt:
Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:
70000 Exemplare über
personalisierten Posteinzel-
vertrieb an Senioren-Union-
Mitglieder und an CDU-
Funktions- und Mandatsträger

Leserzuschriften an:
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:
Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:
Chefredakteur: Andreas Oberholz
(V.i.S.d.P.)
Eschenstraße 17
83233 Bernau/Chiemsee
Telefon 08051-6401271
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:
Dorothee Bär, Jakov Devčić, Prof.
Christine Fiedler, Wilfried Goebels,
Sabine Hense-Ferch, Christian Haase
MdB, Dr. Christian Klos, Angelika
Klüssendorf, Prof. Dr. Andreas Oehler,
Ruprecht Polenz, Dr. Friedemann
Richert, Erwin Rüdell, Manfred
Weber MdEP, Dr. Jens Weidmann,
Susanne R. Wellmann, Ulrich Winz,
Prof. Dr. Otto Wulff

Bildnachweis:
CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
KPV/Jan Kopetzky, Unternehmer-
verband, Adobe Stock, 123rf,
Wikipedia
Titelfoto: 123rf

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung des Herausgebers wieder.

- 6 Für ein bürgerliches Europa**
Ein Beitrag von Manfred Weber MdEP, dem Fraktionsvorsitzenden der EVP im Europäischen Parlament.
- 9 Die etwas andere Wahl**
Wichtige Fragen und Antworten rund um die Europawahl.
- 12 Starke Kommunen für ein zukunftsfähiges Europa**
Ein Beitrag von Christian Haase MdB, dem Bundesvorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU.
- 14 Alte Konzepte – neue Herausforderungen**
Wie steht es um den alten Gedanken eines Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten?
- 16 Unbeschwerte Kindheit, schwierige Jugend**
Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann zieht zum 20-jährigen Jubiläum des Euro eine Zwischenbilanz.
- 18 Es muss konkret werden!**
Wie sich auch ältere Menschen für die Digitalisierung begeistern lassen. Ein Beitrag von Dorothee Bär, Staatsministerin für Digitalisierung.
- 20 Haltlose Gerede von der „Opakalypse“**
Für Satiriker und Schwarzmaler tobt ein Kampf der Generationen. Alles Quatsch? Ein Blick hinter die Fassade ...
- 22 Rente: gut vorsorgen?!**
Renten-Experte Professor Andreas Oehler schlägt eine Ergänzung des aktuellen Systems der Altersvorsorge vor.
- 24 Wider die verordnete Sprachdiktatur?**
Brauchen wir eine geschlechtergerechte Sprache oder bringen wir derzeit nur lächerliche Sprachgebilde auf den Weg?
- 27 Jenseits des politischen Islam**
Ist der Islam nur rückwärtsgerichtet und radikal? Es gibt aktuell durchaus Strömungen, die sich davon abheben.
- 28 Schwamm drüber ist das Gegenteil einer Lösung**
Warum die Rückführung illegaler Zuwanderer zu einer glaubwürdigen Migrationspolitik gehört ...
- 30 Aus der Geschichte lernen**
Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, warum Verbesserungen für Pflegenden und Gepflegte eine Daueraufgabe bleiben.
- 32 Finanzielle Eigenanteile begrenzen**
Erwin Rüdell MdB zu notwendigen weiteren Maßnahmen in der Pflege.
- 36 Syrien – EU-Hilfe zum Wiederaufbau?**
Wird der Westen nach dem Krieg auch noch den Frieden in Syrien verlieren?

- 34 Aus der Senioren-Union**
- 35 Nachrichten aus der Europäischen Senioren-Union (ESU)**
- 38 Wichtige Rechtsfragen (IV)**
- 37 Leserbrief**
- 39 Buchtipps**



*Ich bin stolz die Dame und Herr
die sie Frieden bringen und Freude*



Unsere gemeinsame Zukunft liegt in einem geeinten Europa

Europa steht am Scheideweg: Bei der Europa-Wahl geht es zunächst und vor allem um die Sicherung des Friedens. Nach mehr als 70 Jahren ist Europa zu einem Synonym für Frieden und Freiheit, Sicherheit und Wohlstand geworden. Wer wüsste das besser als die ältere Generation, die in einer friedlosen Zeit eine völlig andere Welt mit unermesslichem Leiden und unvorstellbaren Zerstörungen erlebt hat. Wenn dagegen Nationalisten und Populisten neue Grenzen schaffen und Schlagbäume als Zeichen der Trennung errichten wollen, dann müssen alle Wählerinnen und Wähler wissen, dass mit einer so betriebenen Politik Frieden und Freiheit, Freundschaft und gute Nachbarschaft, Versöhnung und Vertrauen zugrunde gehen und ein Raum der Zerrissenheit geschaffen wird für neues, unabsehbares Unheil. Europa hat sich in den Nachkriegsjahren zu einem einzigartigen Friedens- und Erfolgsmodell entwickelt, das die Wünsche und Erwartungen seiner frühen Gründer in hohem Maße erfüllte und insbesondere uns Deutschen beim Wiederaufbau geholfen und unseren Ruf im besten Sinne gefördert hat. Welches Land in Europa wäre heute noch allein in der Lage, sich aggressiver Strategien neu aufkommender großer Mächte zu erwehren, welches Land könnte aus eigener Kraft gegen weltweit agierende Internetgiganten seine Unabhängigkeit behaupten?

Mit der Wahl zum europäischen Parlament wollen die Bürger auch klarstellen, dass Europa als eine nur weitab in Brüssel agierende Kommission, die in ihren Augen den Kontakt zu den Menschen verloren hat, nicht ihren Vorstellungen entspricht. Vielmehr fordern sie mit ihrer Stimme eine Stärkung Europas, das seine Erstarrung auflöst und sich wieder zum Sprachrohr und Hoffnungsträger aller Menschen in der Welt macht, die sich mit den Europäern vereinen im Wunsch nach Menschenwürde, Wohlstand und Sicherheit.

Als aufmunterndes Zeichen dafür hat der Bundesvorstand der Senioren-Union mit seinen französischen Freunden im historischen Festsaal des Rathauses in Straßburg, wo im August 1949 der erste Schritt in die gemeinsame Zukunft Europas vollzogen wurde, folgende mit der Senioren-Union der CSU abgestimmte Resolution beschlossen (siehe Seite 5).

Manfred Weber

Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands

Seniorinnen und Senioren in CDU und CSU einig:

EUROPA LEBT! EUROPA IST CHANCE UND ZUKUNFT!

Europa ist durch Mut entstanden. Wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg haben u.a. Konrad Adenauer, Robert Schuman und Alcide de Gasperi mutig den Teufelskreis aus Hass und Krieg durchbrochen. Die Folge: Ein sich einigendes Europa, ohne Grenzen, mit einer gemeinsamen Währung.

Die Leidensgeschichte Europas ist dank der großartigen Idee einer Grenzen überwindenden Zusammengehörigkeit von Völkern und Menschen beendet. Seniorinnen und Senioren wissen oft noch aus eigenem Erleben, wie wichtig die Einheit Europas für Frieden, Freiheit und Sicherheit ist.

Die Einigung Europas gilt als die größte und erfolgreichste Friedensbewegung nach dem 2. Weltkrieg. Deutschland hat dieser Einigung besonders viel zu verdanken. Europa ermöglichte uns die Rückkehr in die internationale Völkergemeinschaft, schließlich auch die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit.

Die Europäische Union ist Garant für Frieden und Freiheit, für Wohlstand, für Achtung der Menschenrechte, für Sicherheit und Stabilität. Für freien Zugang zu Arbeit und Hochschulen, anerkannte Abschlüsse, gemeinsame Forschung – Europa eröffnet grenzenfreie und unbegrenzte Möglichkeiten. Dank des europäischen Binnenmarktes und unserer gemeinsamen Währung erleben wir wirtschaftlichen Aufschwung und Wohlstand, den es sonst nicht gegeben hätte.

Seniorinnen und Senioren in CDU und CSU stehen für ein starkes und selbstbewusstes Europa. Um uns, unseren Kindern und Enkeln eine Zukunft in Sicherheit und Wohlstand zu gewährleisten, ist Europa wichtig: Nur gemeinsam können wir unsere Wertegemeinschaft und freiheitliche demokratische Grundordnung bewahren. Dieses Europa überlassen wir nicht den Populisten.

Unser Europa ist lebenswert. Und das soll für unsere Kinder und Enkelkinder so bleiben. Deshalb sind auch die Bewahrung der Schöpfung, der Erhalt der Artenvielfalt und der Kampf gegen den Klimawandel zentrale Anliegen.

Wir verfolgen diese Ziele entschlossen – stets mit Vernunft und Augenmaß. Die große Idee von einem Europa gemeinsamer Werte und Ideen, von einem Europa ohne Innengrenzen muss wieder stärker in den Herzen der Menschen verankert werden.

Wir alle entscheiden am 26. Mai 2019 wie es mit Europa weitergeht. Wir Seniorinnen und Senioren in CDU und CSU stehen gemeinsam mit unserem Spitzenkandidaten Manfred Weber für EUROPA! Darauf ist Verlass!





Zur Europawahl

FÜR EIN bürgerliches EUROPA

Wie CDU und CSU den Aufbruch in der EU anpacken. Ein Beitrag von Manfred Weber MdEP, dem Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament.

Die Europawahl am 26. Mai ist eine Richtungswahl. Die Zukunft Europas liegt dann in den Händen der Menschen. Sie entscheiden, ob Europa den Populisten und Nationalisten in die Hände fällt und die Gemeinschaft in ihren Grundfesten erschüttert wird, ob linke politische Kräfte ihre Idee eines Verbots- und Umverteilungseuropas durchsetzen oder ob Europa stark, bürgernah und handlungsfähig wird.

Die ist ein einzigartiges Erfolgs- und Friedensprojekt. Die Möglichkeit für uns Deutsche, seit über 70 Jahren in Frieden, Freiheit und Wohlstand zu leben, ist grandios. Den Menschen in Europa geht es so gut wie noch nie in der Geschichte unseres Kontinents. Aber Europa wird innen und außen herausgefordert. Mit großer Anstrengung ist es uns gelungen, die Krisen der vergangenen Jahre zu bewältigen und Europa zurück auf die Erfolgsspur zu bringen. Beispielsweise wurde die Schuldenpolitik in den EU-Staaten weitgehend gestoppt, der Euro ist stabil, die Wirtschaft wächst und 13 Millionen Arbeitsplätze wurden geschaffen, vor allem aufgrund unserer Politik für Reformen, Konsolidierung und Investitionen. Parteien der politischen Linken propagieren nun einen Kulturwechsel in der EU. Dieser würde Leistungsbereitschaft, Innovationen und freiheitliche Eigenverantwortung hemmen. Der Verbotspolitik liegt ein anderes Menschenbild zugrunde. Das Europa der Umverteilung ist ein Europa, das verantwortliche Haushaltspolitik, Reformwillen und Wirtschaftskraft bestraft: Vergemeinschaftung von Schulden, die Untergrabung

des Stabilitäts- und Wachstumspakts oder das Aufschieben von Strukturreformen führen in die Schuldenunion und zum Abschwung. Wir dürfen unsere Erfolge jetzt nicht durch einen solchen Politikwechsel gefährden.

Auf der anderen Seite des politischen Lagers formieren sich europaweit die Kräfte der rechten Populisten und Nationalisten. Teile von ihnen wollen das Parlament, in dem sie sitzen würden, abschaffen. Sie fallen in nationale Egoismen zurück und wollen die EU zerstören. Wir müssen ihnen die Stirn bieten! In Zeiten zunehmender Globalisierung und übergreifender Bedrohungen sind nationale Antworten alleine nicht mehr ausreichend. Nationalismen führen ins Unglück. Das zeigt sich bei Konflikten und Kriegen überall auf der Welt. Europa garantiert dagegen die Stärke der Staaten auf dem Kontinent. Deutschland hat ein fundamentales Interesse an der europäischen Einigung, an einem funktionierenden Europa. Wenn das Europa des Miteinanders und der Partnerschaft scheitert, können wir keine gute Zukunft haben. Der Brexit muss uns eine Mahnung sein – und ein Weckruf für die Wähler vor den Parteien, die im Ausstieg Deutschlands aus der EU eine Alternative sehen. Das ist keine Alternative. Das ist nichts anderes als zerstörerischer Nationalismus.

Auch die internationalen Herausforderungen sind immens, die Unsicherheit nimmt ständig zu: Im globalen Wettbewerb der prosperierenden Regionen muss Europa sich behaupten. Auf

Der Autor: **Manfred Weber (46)** ist europaweiter Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei (EVP) für das Amt des Kommissionspräsidenten und Spitzenkandidat von CDU und CSU zur Europawahl. Er ist Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Stellvertreter der CSU-Vorsitzender.

den Zukunftsfeldern der Digitalisierung wie Künstlicher Intelligenz, Mobilitätstechnologien oder Big Data müssen wir in der globalen Liga mitspielen und Zukunftsmarkt sein. Aufstrebende Regionen Asiens, die Technologieführer USA oder China warten nicht auf den nächsten Innovationsschub – sie gestalten ihn. Und so muss auch Europa Innovationsraum sein. Ein Projekt, das mir dabei besonders am Herzen liegt, ist der Fortschritt auf dem Gebiet der Medizin, weil die Menschen sehr unmittelbar davon profitieren. Gemeinsam hat Europa die Chance, große Geißeln unserer Zeit wie den Krebs oder Alzheimer zu stoppen. Das kann gelingen, wenn wir beispielsweise unsere Ressourcen und Ziele beim Kampf gegen Krebs besser abstimmen, bündeln und einen Masterplan entwerfen. Entwicklung, Forschung und Schlüsseltechnologien müssen in Europa einen Chancenmarkt haben. Wir dürfen die kommenden Innovationen nicht den anderen überlassen. Wir wollen dabei aber unseren Weg gehen, bei dem der Mensch, unsere Grundwerte und ethischen Prinzipien gelten und nicht der hemmungslose Profit ungeachtet von den Rechten des Individuums.

Das größte und wichtigste Feld aber ist die

internationale Sicherheit. Wir spüren doch alle, dass die großen Mächte dieser Welt ihre Politik immer aggressiver und ohne Rücksicht auf uns führen. Wir als Europäer wollen unseren Weg der Werte, der Diplomatie und des Miteinanders fortsetzen. Dafür müssen wir unser Schicksal aber mehr in die eigenen Hände nehmen, unserer Verantwortung gerecht werden und unsere Verteidigungsfähigkeit sicherstellen. Sonst werden wir zum Spielball anderer. Hand in Hand mit der NATO und unseren transatlantischen Partnern wollen wir für mehr Stabilität und Sicherheit in der Welt sorgen. Europa muss seinen Gestaltungswillen in der Außen- und Sicherheitspolitik verwirklichen. Dazu braucht es auch Reformen: Im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik wollen wir deshalb das Einstimmigkeitsprinzip hinter uns lassen. Europa steht für eine wertebundene Außenpolitik und für das Prinzip multilateraler Lösungen. Wer, wenn nicht Europa, soll beim Klimaschutz vorangehen? Wer, wenn nicht Europa, soll soziale und ökologische Standards in die Welt exportieren und so der Globalisierung Regeln geben? Wer, wenn nicht Europa, setzt auf das Mittel der Diplomatie statt auf die Eskalationsspirale? Wir brauchen ein starkes Europa,

das sich in der Welt selbst behaupten kann. Aber die EU hat ein Problem: In vielen Gesprächen mit den Menschen – ob in Deutschland oder europaweit – spüre ich, dass die EU als kaltes Projekt, als Projekt der Technokraten und Eliten, wahrgenommen wird. Europa befand sich die letzten Jahre im Krisenmodus. Für die Menschen ist die EU daher hauptsächlich eine Union der Wirtschaft, der Banken und der Rettungsschirme. Diesen gefühlten Graben zwischen der EU und den Menschen möchte ich überwinden. Ich will gemeinsam mit den Bürgern ein neues Kapitel für Europa aufschlagen: ein Europa, das wir mutig, optimistisch und ambitioniert anpacken. Aber auch ein Europa, das kein abgehobenes Elitenprojekt sein darf. Politik muss raus aus den Hinterzimmern und raus auf die Straße, an die Stammtische, auf die Marktplätze, ins Netz und in die Parlamente. Ich will Europa zurück zu den Menschen bringen. Wir müssen die Themen anpacken, die die Bürger umtreiben. Und das ist nach wie vor die Frage der Sicherung der Außengrenzen. Wir müssen die illegale Migration beenden und trotzdem ein Kontinent der Humanität sein, der weiterhin Schutzbedürftigen hilft. Dieser

SO FUNKTIONIERT DIE BRIEFWAHL

Noch sind fast 14 Tage Zeit. Aber wenn Sie per Brief wählen wollen – etwa wegen einer Auslandsreise zum Zeitpunkt der Europawahlen oder gesundheitsbedingter Gründe – dann beachten Sie bitte:

1. Etwa sechs Wochen vor der Wahl schickt Ihnen die Gemeinde per Post eine Wahlbenachrichtigungskarte zu. Sie müsste Ihnen also bereits vorliegen. Hier füllen Sie nun zeitnah den Antrag auf Briefwahl aus und senden die Karte zurück. Sie können die Briefwahl auch schriftlich per E-Mail oder Telefax beantragen. Viele Gemeinden bieten zudem die Möglichkeit, die Unterlagen online anzufordern.
2. Wenige Tage später haben Sie Ihre Briefwahlunterlagen in der Post.
3. Füllen Sie den Stimmzettel ganz bequem zu Hause aus und stecken Sie die Unterlagen – wie beschrieben – in die beiden vorgesehenen Umschläge.



4. Die Rücksendung erfolgt in Deutschland portofrei per Post.

Wichtig:

Ihre Briefwahlunterlagen müssen bis zum Wahltag im Rathaus angekommen sein.

Oder: Gehen Sie mit Ihrer Wahlbenachrichtigung und Ihrem Ausweis einfach direkt in Ihr Rathaus. Dort können Sie sofort wählen – auch vor dem 26. Mai 2019.

Mehr Informationen gibt es unter www.einfach-briefwahl.de

| DIE ETWAS *andere* WAHL

Europawahl – was wird überhaupt gewählt und wer wählt?

Nur eines der Organe der Europäischen Union wird von den Europäern während der Europawahl direkt gewählt, nämlich die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments. Seit 1979 wird alle fünf Jahre gewählt. Wahlberechtigt sind alle Bürger(innen) der EU. Allerdings gibt es in jedem Land unterschiedliche Gesetze, während die Österreicher schon mit 16 Jahren wählen dürfen, liegt die Altersgrenze in allen anderen EU-Ländern bei 18 Jahren. Gewählt wird meistens in dem Land, in dem man wohnt. Das heißt, dass zum Beispiel Menschen, die aus anderen EU-Mitgliedsstaaten kommen und in Deutschland leben, in Deutschland auch wählen gehen können. Wer am 26. Mai nicht ins Wahllokal gehen kann, kann vor der Wahl Briefwahlunterlagen beantragen.

Welche Aufgaben hat das Europäische Parlament?

Das Europaparlament ist die Vertretung der EU-Bürger. Es kümmert sich um die drei wichtigen Aufgaben, die auch ein nationales Parlament wie der Bundestag hat: Gesetzgebung, Haushalt und Kontrolle. Das Parlament kann zwar keine Gesetze alleine erlassen – dafür braucht es als zweiten EU-Gesetzgeber den Rat der Europäischen Union – aber ohne das Parlament kann fast nichts beschlossen werden. Es wird in allen – derzeit noch – 28 Mitgliedsstaaten direkt gewählt. Ob Großbritannien bei der kommenden Wahl noch mitwählt, war bei Redaktionsschluss offen.

Welche Themen entscheidet überhaupt das EU-Parlament?

Europäische Gesetze umfassen viele Bereiche: Dazu gehören der Binnenmarkt, Umwelt- und Verbraucherschutz, Forschung und Kultur. Aber

auch Themen der Arbeits- und Sozialpolitik, der Industrie- und Verkehrspolitik stehen auf der Tagesordnung. In den vergangenen Jahren beschlossen die Abgeordneten, einen EU-Führerschein einzuführen, die CO₂-Emissionen von Neuwagen zu begrenzen und Roaming-Gebühren von Mobilfunkanbietern abzuschaffen. Das Europaparlament legte auch fest, dass Zigarettenschachteln Schockbilder tragen müssen, viele chemische Stoffe in Kinderspielzeug verboten werden und Leiharbeiter den gleichen Lohn bekommen müssen wie andere Beschäftigte in einem Unternehmen. Die EU darf nur dann Gesetze erlassen, wenn EU-weite Vorschriften sinnvoller sind als nationale oder regionale Maßnahmen. Und: Die Gesetze der EU dürfen nicht über das Maß hinausgehen, das zur Verwirklichung der Ziele wirklich notwendig ist.

Werden Parteien oder Abgeordnete gewählt?

Die Wähler haben in Deutschland nur eine Stimme, die sie für eine Partei vergeben können. Das heißt: Sie wählen die Liste einer Partei, nicht eine einzelne Person. Somit werden die Abgeordneten des Parlaments nur indirekt – über die Partei – gewählt. Das bedeutet: Je mehr Stimmen eine Partei erhält, desto mehr Angehörige dieser Partei sitzen am Ende im Parlament. Eine Besonderheit ist, dass es keine Fünf-Prozent-Hürde bei den Europawahlen gibt. Daher erzielen auch kleinere Parteien Sitze im Parlament. Außerdem gibt es keine „europäischen Parteien“. Parteien mit ähnlichen Zielen schließen sich im Europäischen Parlament zu Fraktionen zusammen. So gehört die CDU zum Beispiel zur „Fraktion der Europäischen Volkspartei“ und die SPD zur „Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten“. Diese Fraktionen bestehen aus Abgeordneten mindestens sieben unterschiedlicher Nationalitäten. Insgesamt sitzen derzeit 751 Abgeordnete im Europaparlament, davon sind 96 deutsche.

Am 26. Mai wird das Europäische Parlament gewählt. Im Gegensatz zur Bundestagswahl funktioniert die Europawahl ein wenig anders. Hier die wichtigsten Fragen und Antworten.

Spagat muss uns gelingen. Das zweite große Thema sind die wirtschaftliche Stabilität, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der Einkommenssituation, damit die Menschen mehr Geld im Geldbeutel haben. Die künftige wirtschaftliche Prosperität ist ein zentraler Baustein für die Zukunft Europas. Die Europäische Union ist weit mehr als ein gemeinsamer Binnenmarkt. Sie ist in erster Linie eine Werte- und Rechtsgemeinschaft, die auf der vielfältigen Kultur und weit zurückreichenden Geschichte Europas gründet. Beides hat zur Entwicklung der zentralen Werte und Prinzipien unserer politischen Familie beigetragen: Freiheit, Verantwortung, Gerechtigkeit, Sicherheit, Respekt der Würde des Menschen in jedem Lebensalter, Solidarität als Basis des sozialen Zusammenhalts, kulturelle und sprachliche Diversität und Subsidiarität, die gewährleisten, dass politische Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden. Wir stehen für die Gleichberechtigung von

Mann und Frau, für Familie, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Unseren „European Way of Life“, unsere europäische Lebensart, gibt es so nur in Europa. Wir müssen uns in Europa anhand dieser Prinzipien auch immer wieder selbst hinterfragen. Wenn wir diese Werte nicht nach innen garantieren, werden sie nach außen Kraft verlieren. Diese gemeinsamen Werte gilt es am 26. Mai bei der Europawahl zu verteidigen. Wir müssen Europa zusammenhalten. Nur wenn Europa nach innen stark und geschlossen ist, kann es auch stark nach außen sein. Europa macht die europäischen Nationen stark. Wir müssen die Konflikte und Spannungen der letzten Jahre hinter uns lassen – ob Nord, Süd, Ost oder West, nur gemeinsam sind wir stark. Auch die gesellschaftlichen Konflikte, die andere Parteien der Extreme fördern, müssen wir als Volksparteien, als politische Klammern dieses Landes, zusammenführen. Wo andere politische Kräfte spalten, wollen wir als Union

ein bürgerliches Angebot machen, das eint. Europa braucht uns. Und wir brauchen Europa. Wir als CDU und CSU werben für ein Europa, das seine Werte schützt. Für ein Europa, das starke Regionen hat. Für ein Europa, das seine Grenzen kennt und sich um die großen Fragen kümmert. Für ein Europa, das seine Außengrenzen schützt. Für ein Europa, das eng in der Inneren Sicherheit kooperiert. Für ein Europa, das seine kulturelle Vielfalt wertschätzt. Für ein Europa, das bürgernah ist. Kurzum: Wir kämpfen für ein bürgerliches Europa. Die Entscheidung darüber liegt bei der Europawahl in den Händen der Menschen. Sie entscheiden, ob zerstörerischer Egoismus oder die Gemeinschaft, Populismus oder Gestaltungswille siegen. Wir als Union sind die Europaparteien Deutschlands. Wir machen den Menschen ein Angebot, wie unser Europa der Zukunft aussieht. Lassen Sie uns gemeinsam für ein bürgerliches Europa kämpfen. Es geht um so viel wie nie!

EUROPA – VORTEILE FÜR DEUTSCHLAND

Frieden und Wohlstand sind heute vielen selbstverständlich geworden. Sie fragen nach dem Nutzen, den die Europäische Union ihnen außer Frieden heute und in Zukunft bringt. Dabei steht fest: Für Deutschland hat sich die Mitgliedschaft in der EU in den letzten Jahrzehnten ausgezahlt.

- ▶ **Mehr Arbeitsplätze**
Europa bietet deutschen Unternehmen einen großen einheitlichen Markt. Fast zwei Drittel ihrer Produkte exportieren deutsche Unternehmen in die EU. Der Binnenmarkt und der Euro sichern der deutschen Wirtschaft Absatzmärkte und Arbeitsplätze – und damit den Wohlstand unseres Landes. Der Euro hat sich als zweitwichtigste Währung neben dem Dollar etabliert und Europas Rolle als Wirtschaftsmacht gestärkt.
- ▶ **Mehr Wettbewerb – günstige Preise**
Europa bietet mehr Wettbewerb, eine größere Produktvielfalt und günstigere Preise. Ob beim Telefonieren oder bei Flugreisen: Nach dem Ende der nationa-

len Monopole sind viele Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger deutlich günstiger geworden.

- ▶ **Mehr Verbraucherschutz**
Trotz einzelner Irritationen, wenn es etwa um die maximal zulässige Krümmung von Gurken geht – Europa bietet mehr Verbraucherschutz. Ob Kennzeichnungsvorschriften für Lebensmittel oder Produktstandards für Kinderspielzeug: Die EU schützt Verbraucherinnen und Verbraucher. Auch die Verlängerung der Gewährleistungspflicht auf zwei Jahre geht auf die EU zurück.
- ▶ **Mehr Freizügigkeit**
Europa macht es möglich, unkompliziert zu reisen und ohne größere Beschränkungen im Ausland zu leben, zu lernen und zu arbeiten, gemeinsam zu forschen und neue Ideen zu entwickeln. Deutschland als Land der Ideen lebt vom Austausch und dem Wettbewerb mit anderen europäischen Staaten.
- ▶ **Mehr Sicherheit**
Europa ist der Schlüssel für eine effiziente Bekämpfung der grenzübergreifenden Kriminalität. Finanzkontrolle und Be-

trugsbekämpfung wurden im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit gestärkt.

- ▶ **Mehr Umweltschutz**
Umweltverschmutzung macht nicht vor Grenzen halt. Die Europäische Union setzt sich deshalb für den Erhalt einer reichen Flora und Fauna ein, für gesunde Lebensmittel, für möglichst wenig Lärmbelästigung.
- ▶ **Mehr Gehör in der Welt**
Europa bietet die Chance, mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik international stärker Gehör zu finden. Selbst die großen EU-Mitgliedsstaaten sind allein zu klein, um ihre Interessen allein durchzusetzen. Nur gemeinsam kann die EU weltweit friedenserhaltende und friedensschaffende Maßnahmen durchführen.
- ▶ **Unsere Werte erhalten**
Europa bietet der Welt mit seinen gemeinsamen Werten einen Maßstab für Menschenrechte, Demokratie, sozialen Zusammenhalt und Chancengleichheit. Gemeinsam ist auch die klare Absage an Extremismus, Hass und Gewalt.

Europa stärken!

Wie funktioniert die Listenwahl?

In jedem EU-Land funktioniert die Wahl ein kleines bisschen anders: In Deutschland und zwölf anderen EU-Ländern stellen die Parteien Listen mit ihren Kandidaten zusammen. Im Gegensatz zur Personenwahl werden bei einer Listenwahl nicht einzelne Kandidaten gewählt, sondern die ganze Liste. Je mehr Stimmen die Partei bekommt, desto mehr Personen der Liste erhalten einen Sitz im Europäischen Parlament. Deshalb ist es für Kandidaten wichtig, möglichst weit oben auf der Liste zu stehen, um einen sicheren Platz zu erhalten. Während die meisten Parteien in Deutschland eine Bundesliste beschließen, stellt die CDU in jedem Bundesland Landeslisten zusammen, die von den Bürgern in diesem Bundesland gewählt werden können. Mit dem Wahlkreuz auf der Liste sagen die Wähler: „Ich möchte, dass die Personen von dieser Liste in das EU-Parlament kommen.“ Wahlkreise, in denen Kandidaten direkt gewählt werden können, gibt es bei der Europawahl nicht.

Ausgezählt wird die Liste dann nach dem Verhältniswahlrecht. Im Gegensatz zum Mehrheitswahlrecht wird bei der Verhältniswahl jede einzelne Stimme in ihrem anteiligen Verhältnis berücksichtigt, das ist „gerechter“ und repräsentativer, als wenn die Minderheit der Stimmen einfach wegfällt.

Warum gibt es im Europaparlament keine Sperrklausel?

Im Deutschen Bundestag gilt die Fünf-Prozent-Hürde. Das bedeutet: Nur eine Partei, die mindestens fünf Prozent der Wählerstimmen auf sich vereint, darf in den Bundestag einziehen. Damit wird verhindert, dass zu viele kleine Parteien ins Parlament gewählt werden und möglicherweise keine stabilen Mehrheiten entstehen. Für die Wahl zum Europaparlament gab es bis vor kurzem eine Drei-Prozent-Sperrklausel. Aber

die wurde 2014 vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Die Begründung: Die Stimme jedes Wählers müsse die gleiche Erfolgchance haben, die Rechte kleinerer Parteien seien durch die Sperrklausel verletzt. In Deutschland gibt es deshalb – im Gegensatz zu den meisten anderen EU-Staaten – keine Sperrklausel.

Warum arbeitet das EU-Parlament in Brüssel und Straßburg?

Die Organe der EU sind auf mehrere Standorte verteilt: Der Plenarsaal des EU-Parlaments ist in Straßburg, er wird knapp eine Woche pro Monat genutzt. Die meiste Arbeit wird aber in Brüssel erledigt, wohin Abgeordnete, Assistenten, Beamte, Vertreter der EU-Kommission und Dolmetscher monatlich pendeln: Hier befinden sich EU-Kommission und Europäischer Rat. Weitere Standorte der EU-Organe sind Luxemburg (Europäischer Gerichtshof und Rechnungshof) sowie Frankfurt (Europäische Zentralbank).

Was macht eigentlich die Europäische Kommission?

Die Europäische Kommission ist eine Art „Regierung“ der EU. Sie wird auch „Hüterin der Verträge“ genannt, denn sie schlägt dem EU-Parlament und dem Rat der Europäischen Union neue Gesetze vor und kümmert sich um die korrekte Anwendung von EU-Recht. Bei Verstößen kann sie Bußgelder verhängen, z.B. wenn Unternehmen sich nicht an die Richtlinien des Binnenmarktes halten. Die Kommission setzt den EU-Haushalt um und führt Förderprogramme durch. Seit 2012 können übrigens auch Bürgerinnen und Bürger der einzelnen EU-Staaten die Kommission bitten, Gesetzesvorschläge vorzulegen. Die Kommission sitzt in Brüssel und besteht aus dem Kollegium von (derzeit noch) 28 Kommissaren – einer aus jedem Mitgliedsland – und einem riesigen Verwaltungsapparat von mehr als 25.000 Mitarbeitern. An der Spitze steht der Kommissionspräsident, seit 2014 ist das der Luxemburger Jean-Claude Juncker. Jeder der EU-Kommissare hat ein bestimmtes Ressort, ein Fachgebiet, um das er sich kümmert. Die EU-Kommissare werden zwar von ihrer jeweiligen Landesregierung vorgeschlagen, sind ihr aber nicht weisungsgebunden, sondern dienen der europäischen Sache als ganzer. Der Kommissionspräsident wird nach der EU-Wahl vom Europäischen Rat benannt, er leitet die Kommission und ist ihr Sprecher.

Wofür ist der Rat der Europäischen Union zuständig?

Im Rat der Europäischen Union kommen die Fachminister zusammen, er ist neben dem EU-Parlament Gesetzgeber in Europa. Jedes Mitgliedsland entsendet einen Minister, beispielsweise Außenminister, Sozialminister oder Landwirtschaftsminister. Wie der Rat Entscheidungen trifft, ist von Fall zu Fall unterschiedlich und wird in Verträgen genau festgelegt. Bei Mehrheitsentscheidungen verfügt jeder Staat über ein bestimmtes Stimmrecht, größere Staaten haben mehr Stimmen als kleinere.

Wofür ist der Rat der Europäischen Union zuständig?

Welche Sprachen werden im EU-Parlament gesprochen?

Die EU arbeitet in 24 Amts- und Arbeitssprachen und verwendet drei Alphabete: Lateinisch, Griechisch und Kyrillisch. Alle parlamentarischen Unterlagen werden in diesen 24 Sprachen veröffentlicht und jeder Abgeordnete hat das Recht, sich in der Amtssprache seiner Wahl zu äußern. Im internen Verkehr der EU-Organe werden aber hauptsächlich Englisch, Französisch und Deutsch verwendet.

Welche Sprachen werden im EU-Parlament gesprochen?

Warum es so wichtig ist, am 26. Mai wählen zu gehen und Europa zu stärken. Fragen an Wolfgang Schmitz, Hauptgeschäftsführer eines Unternehmerverbandes.

Sabine Hense-Ferch

Warum es so wichtig ist, am 26. Mai wählen zu gehen und Europa zu stärken. Fragen an Wolfgang Schmitz, Hauptgeschäftsführer eines Unternehmerverbandes.



Herr Schmitz, allenthalben werben Verbände und Institutionen dafür, am 26. Mai wählen zu gehen. Warum dieser Eifer?

Wir stehen vor großen Herausforderungen – weltweit. Nicht nur mir persönlich machen zunehmender Nationalismus und Protektionismus große Sorgen. In vielen, vielen Gesprächen bekomme ich schon seit einiger Zeit von Unternehmern, Geschäftsführern, aber auch Arbeitnehmern ähnliche Befürchtungen gespiegelt. Nach Jahrzehnten der Kontinuität und Stabilität deuten aktuelle Umfragen darauf hin, dass Europagegner von links und rechts künftig in Summe zur großen Verhinderungskraft im Europäischen Parlament werden können. Das ist eine reale Gefahr. Wir stehen in Europa am Scheideweg – deshalb werben wir mit Nachdruck dafür, zur Wahl zu gehen und Europa zu stärken. Es kommt auf jede Stimme an.

Wo sehen Sie im Detail Gefahren?

Abschottung hat noch nie zu mehr Wohlstand und Frieden und Freiheit geführt. Was sich so selbstverständlich anhört, ist leider bei vielen aus dem Fokus geraten. Weil wir uns an die Vorzüge der europäischen Einigung gewöhnt haben. Sie sind aber nicht selbstverständlich, sondern das Ergebnis eines steinigigen und langen Prozesses, der seinen Ursprung in den schlimmen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges hat.

Wir leben dank der europäischen Einigung seit nunmehr 75 Jahren in Frieden, eine solch lange Periode ohne Krieg und Auseinandersetzungen hat es auf unserem Kontinent zuvor noch nie gegeben. Dieses Erbe macht Europa so wertvoll. Es wäre töricht, die vielen Errungenschaften in der EU leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Als Vertreter eines Unternehmerverbands denken Sie bei Errungenschaften sicher an wirtschaftliche Aspekte ...

Natürlich auch, weil wirtschaftliche Prosperität und gesellschaftliche Stabilität Hand in Hand gehen. Die Vertiefung des Binnenmarktes, Freihandel, ein stabiler Euro, Arbeitnehmerfreizügigkeit, eine gemeinsame Energie- und Klimapolitik, Digitalisierung, Forschung und Entwicklung auf europäischer Ebene – das sind nur einige Beispiele, wo wir uns geschlossen als Europäer positionieren müssen. Machen wir uns nichts vor: Wenn wir in Europa nicht zusammenstehen, werden wir allein, jeder für sich, zwischen den großen Wirtschaftsblöcken in Amerika und Asien über kurz oder lang zerrieben.

Wie überzeugen Sie Europa-Skeptiker?

Mit Zahlen. Nehmen wir das Beispiel Binnenmarkt: Europa ist Nordrhein-Westfalens Heimatmarkt. Hier verkaufen wir den Löwenanteil unserer Waren und Dienstleistungen. Allein 65

Prozent der nordrhein-westfälischen Exporte gehen in die Staaten der EU. Der Europäische Binnenmarkt sichert durch Freizügigkeit von Personen, Dienstleistungen, Waren und Kapital Wohlstand und Arbeitsplätze in NRW.

Das reicht, um aus Skeptikern Befürworter zu machen?

Nein, natürlich nicht. Neben Zahlen braucht es auch Leidenschaft. Und deshalb gehört es in Diskussionen für mich auch dazu, den Finger in die Wunde zu legen. Europa ist nicht perfekt. Wer das behauptet, wird niemanden überzeugen, weil es nicht stimmt. Aber Europa ist auch nicht fertig, sondern verändert sich kontinuierlich. Das heißt nichts anderes, als dass wir jederzeit die Chance haben, Europa besser zu machen. Aus diesem Bewusstsein kann man eine Menge Optimismus ziehen und am 26. Mai mit dem richtigen Kreuz Europa stärken.

Der Unternehmerverband ist ein Zusammenschluss von über 700 Unternehmen aus dem Ruhrgebiet. Weitere Infos: www.unternehmerverband.org.

STARKE *Kommunen* FÜR EIN ZUKUNFTSFÄHIGES EUROPA

Am 26. Mai 2019 findet die Europawahl gleichzeitig mit Kommunalwahlen in zehn Bundesländern statt. Tausende sind bereit, selber Verantwortung zu übernehmen und für Europa einzustehen. Unser Europa überlassen wir nicht den Zentralisten, Skeptikern und Technokraten.

Wir wollen in Europa Menschen haben, die verantwortungsbewusst und maßvoll regieren und die Prinzipien der Selbstbestimmung, der Gegenseitigkeit, der Gleichberechtigung und der Gleichverpflichtung achten. Dafür brauchen wir die Unterstützung der kommunalen Amts- und Mandatsträger, damit am 26. Mai 2019 die Menschen zur Wahl gehen und der Union und ihren Kandidatinnen und Kandidaten ihre Stimme geben.

All jenen, die unsere europäischen Werte mit Füßen treten und die EU abschaffen wollen, müssen wir daher auf allen Ebenen mit Kraft und Entschlossenheit entgegenreten. Gerade wir in Deutschland profitieren von den Errungenschaften der Europäischen Union: Frieden und Freiheit, Demokratie und Solidarität, Wachstum und Wohlstand sind die Grundmauern unseres Europas und die Voraussetzungen für die positiven Entwicklungen in unseren Dörfern, Gemeinden, Städten, Landkreisen und Regionen. Vor Ort ist unser Europa gewachsen, in zahlreichen Partnerschaften von Kommunen, durch die Programme des Schüler- und Studentenaustausches. Europa ist gewachsen durch die Freizügigkeit im Schengenraum und durch den freien Austausch von Waren- und Dienstleistungen.

Wir haben im EU-Vertrag ein großartiges Regelwerk. Wir brauchen mehr denn je ein Europa, das auf gemeinsamen geistigen Grundlagen und auf der gemeinsamen Überzeugung von der Würde und dem Wert des menschlichen Individuums und der Idee von der Freiheit des selbstverantwortlichen Menschen beruht. Das Bestreben nach Freiheit und Verantwortung drückt sich auch im Prinzip der Subsidiarität aus, das die Rechte des Individuums, der

Familie und der kleinsten Gemeinschaften schützt, den übermäßigen Einfluss höherer Entscheidungsebenen einschränkt und damit konstituierender Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland ist. Dieses unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung ist mit Inkrafttreten des EU-Vertrags von Lissabon erstmalig im europäischen Primärrecht festgeschrieben.

Als Bestandteil der nationalen Identität können die Kommunen auch zukünftig alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung regeln. Für die Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland ist dies von herausragender Bedeutung. Muss aber auch von allen EU-Institutionen gelebt werden! Die Achtung des Rechts der kommunalen Selbstverwaltung und die Einhaltung der Verhältnismäßigkeit durch die EU sind von zentraler Bedeutung, damit Europa vor Ort weiter wachsen kann.

Die Umsetzung europäischer Vorgaben in den Kommunen prägt das Bild, das sich die Menschen von der Europäischen Union machen. Die Kommunen sind das Herzstück der Demokratie. Nur eine leistungsfähige kommunale Selbstverwaltung ermöglicht es, Demokratie von unten her aufzubauen und die Bürger in die Selbstverwaltung und Eigenverantwortung für ihre lokalen und regionalen Zuständigkeiten angemessen einzubinden. Dies entspricht auch den Vorgaben des Art. 4 Abs. 2 des EU-Vertrages. Zukünftig muss die EU-Kommission bei der Vorlage neuer Regeln das Subsidiaritätsprinzip konsequent beachten und die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen in der Tradition der kommunalen Selbstverwaltung nicht weiter einschränken und ggf. Regelungen zurücknehmen.

Ein zukunftsfähiges, von den Bürgern akzeptiertes Europa braucht starke Kommunen. Auch die Kommunen selbst müssen sich stärker in die europäischen Gesetzgebungsprozesse einbringen und frühzeitig auf unzulässige Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung hinweisen. Wir begrüßen die Überlegungen zur Einführung eines Frühwarnsystems für Subsidiaritätsrügen. Die Kommission wäre verpflichtet, schon vor dem Vorschlag für einen Rechtsakt die Meinung nationaler Parlamente einzuholen. Hier müssen dann auch die Kommunen besser eingebunden werden.

Bei der EVP und Manfred Weber, unserem Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten, sind diese Anliegen in guten Händen: „Unser Europa ist eines, das sich um die großen Fragen kümmert und sich aus kleinen raushält. Europa lebt von seiner Vielfalt in den Nationalstaaten, Regionen, Landkreisen und Gemeinden und Städten. Alles, was auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene genauso gut oder besser gemacht werden kann, sollte auch dort gemacht werden. Je näher an den Menschen, desto besser. Die Staaten und Regionen kennen die Besonderheiten ihrer Ebene und können so abgestimmte Lösungen bieten. Und die Kommunen als Herzkammern unserer Gesellschaften in Europa müssen in ihrer Tradition der kommunalen Selbstverwaltung weiter gestärkt werden.“

Die unmittelbare Umsetzung europäischer Vorgaben erfolgt häufig in den Kommunen. Hier wird das Bild, das die Menschen von der EU haben, maßgeblich mitbestimmt. Ein bürgernahes, geerdetes Europa ist nur durch starke, leistungsfähige und eigenverantwortliche Kommunen zu erreichen. Deshalb baut unser Europa auf seine Kommunen. Heute wird bereits eine Vielzahl an Förderprogrammen maßgeblich von den Kommunen effizient und kreativ umgesetzt, sei es bei der Regional- und Strukturförderung oder dem Sozialfonds. Es ist gut, dass so vor Ort deutlich wird, wie eine gute Zusammenarbeit zwischen den Ebenen im Sinne der Menschen funktioniert. Unser Europa braucht einen Aufgabencheck, um festzustellen, was wieder auf die EU-Staaten zurückübertragen werden kann. Und bei der Vorlage neuer Regeln muss das Subsidiaritätsprinzip konsequent beachtet werden. Dass der Ausschuss der Regionen eine wertvolle Rolle im Institutionengefüge der EU spielt, eine aktive präventive Subsidiaritätsprüfung vornehmen muss und aufgewertet werden sollte, vertreten

CDU und CSU ohnehin seit langem.“ So lautet Manfred Webers Credo, das nachdrücklich zu unterstützen ist.

Bei den anstehenden Kommunalwahlen geht es oft nicht um die geschichtsträchtigen und großen Dinge. Es ist aber genauso wichtig, dass Menschen bereit sind, dauerhaft Verantwortung für die örtliche Gemeinschaft zu übernehmen: Was für ein Glück! Dafür gebührt ihnen Respekt, Anerkennung und Aufmerksamkeit. Um die nötige, auch öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen, brauchen die Kandidatinnen und Kandidaten die Unterstützung der ganzen Partei und ihrer Gliederungen. Örtliche und überörtliche Medien müssten wohlwollend über die gelebte Demokratie berichten und für die Demokratie notwendige Beachtung sorgen. Soziale Netzwerke müssten mögliche Hasskommentare und Diffamierungen nachhaltig unterbinden. Wer für ein kommunalpolitisches Ehrenamt kandidiert, müsste im Internet einen besonderen Schutz erfahren. Trotzdem dürfen wir nicht nachlassen, auf allen Kanälen und insbesondere im persönlichen Gespräch für unsere gemeinsame Sache zu werben. Es geht um die Gestaltung der Lebensgrundlagen vor Ort. Wir wollen, dass die Menschen gern in ihrer Nachbarschaft und Region leben. Die unionsgeführten Bundesregierungen haben in den letzten Jahren viel dazu beigetragen, dass Kommunen wieder mehr Gestaltungsspielraum haben: Die kommunalen Entlastungen, Förderprogramme und Investitionsanreize zeigen Wirkung.

2017 haben die Kommunen zum dritten Mal in Folge einen deutlichen Überschuss erzielt. Aber auch die Bundeshaushalte 2018 und 2019 sprechen eine deutliche kommunalfreundliche Sprache. Bestehende Förderprogramme etwa werden fortgesetzt, modifiziert, wie bei der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK), damit sie zur strukturellen Stärkung der ländlichen Räume insgesamt beitragen, oder ergänzt wie beim Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“, mit dem künftig auch kommunale Schwimmbäder förderfähig sind. Insgesamt stehen im Bundeshaushalt 2019 über 31 Milliarden Euro bereit, von denen die Kommunen direkt oder indirekt profitieren werden.

Jetzt heißt es, vor Ort die richtigen Impulse zu setzen und dort, wo Landesregierungen die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden haben, für mehr Respekt für die kommunale Selbstverwaltung einzutreten. 



Der Autor:
Christian Haase
MdB ist Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands und kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

ALTE KONZEPTE – *neue* HERAUSFORDERUNGEN

Liegen die gegenwärtigen Probleme der Europäischen Union vielleicht auch darin begründet, dass man nicht geduldig genug zusammenwachsen lässt, was zusammenwachsen soll? Wäre der alte Gedanke eines Europas der unterschiedlichen Geschwindigkeiten nicht einer Belebung wert?

„Europa der zwei Geschwindigkeiten“, „Kohäsion der Willigen“, „Differenzierte Integration“, „Europa der variablen Geometrie“, „Kerneuropa“, „Europa der unterschiedlichen Klassen“ – dies sind alles Umschreibungen, die je nach politischer Konnotation und Absicht das eine und dasselbe meinen: ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten. Zunächst als letztes Mittel der Integration vorgesehen, ist das Instrument der unterschiedlichen Integrationsstufen in einer Europäischen Union (EU) von 27 Mitgliedsstaaten mit teilweise sehr heterogenen Interessenlagen zu einem gängigen Mittel geworden, um die europäische Zusammenarbeit voranzubringen.

In der politischen Fachwelt in Deutschland wird das Konzept „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ bereits seit den 1980ern und spätestens seit der Veröffentlichung des Impulspapiers von Wolfgang Schäuble und Karl Lamers 1994 diskutiert. Insbesondere in Krisenzeiten der europäischen Integration wurde dieser politische Ansatz als Lösungsmechanismus gewählt. Gleichwohl sehen Kritiker dieser Integrationsform die Gefahr, dass dadurch eine langfristige Fragmentierung der Europäischen Union bewirkt wird. Die Diskussion um diese Frage wird oftmals sehr ideologisch geführt. Ungeachtet der vielen Kritik haben wir bereits heute unterschiedliche Stufen der Integration in der Europäischen Union. Bei dem Schengen-Abkommen machen 21 von 27 Mitgliedsstaaten mit und in der Eurozone haben 19 Mitgliedsstaaten den Euro als gemeinsame Währung. Bei der zuletzt eingeführten Europäischen Staatsanwaltschaft, die grenzüberschreitenden Betrug, Korruption und Geldwäsche europäisch verfolgen soll, beteiligen sich im Rahmen der

verstärkten Zusammenarbeit insgesamt 22 der 27 Mitgliedsstaaten. Zusätzlich haben sich einige Mitgliedsländer in ihren Beitrittsverträgen Ausnahmen zur Teilnahme an Politikbereichen zusichern lassen: So nimmt Dänemark nicht an der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik teil und Großbritannien hatte sich – wie kein anderer Mitgliedsstaat – immer wieder Ausnahmeregelungen für einzelne Politikbereiche zusichern lassen.

Für diese Art der Zusammenarbeit steht den EU-Mitgliedsstaaten eine große Bandbreite an Instrumenten zur Verfügung. Dabei können sie unter anderem auf die verstärkte Zusammenarbeit nach Art. 20 des Vertrags über die EU zurückgreifen oder können innerhalb oder außerhalb der EU-Strukturen auf intergouvernementaler Ebene kooperieren. Letztere Kooperationsformen sind eher mit Nachteilen verbunden, da im Zweifel die EU-Institutionen außen vor bleiben und das Einstimmigkeitsprinzip angewandt wird. Bei der verstärkten Zusammenarbeit, die in Kompetenzbereichen der EU – mit Ausnahme in den Bereichen ihrer ausschließlichen Zuständigkeit – möglich ist, werden die Europäische Kommission (Initiative), der Europäische Rat (Zustimmung mit qualifizierter Mehrheit) sowie das Europäische Parlament (Zustimmung) miteinbezogen. Durch die Berücksichtigung der EU-Institutionen wird sichergestellt, dass die nicht beteiligten Mitgliedsstaaten über die Kooperation und Fortschritte informiert sind und sich nicht dauerhaft ausgeschlossen fühlen. Ferner führt es zu größerer Transparenz und verstärkt das gegenseitige Vertrauen zwischen den Mitgliedsstaaten. Infolge einer solchen Zusammenarbeit müssen auch immer konkrete Vorteile für den



Spätestens mit der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Migrationsdebatte ist allerdings klar geworden, dass zwischen den Mitgliedsstaaten unterschiedliche Vorstellungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der EU bestehen.



gesamten europäischen Integrationsprozess erfolgen. Dadurch kann eine Art Magnetwirkung für andere Mitgliedsstaaten entstehen, die im späteren Verlauf der Kooperation beitreten können.

Bis vor wenigen Jahren war das Konzept der Ever Closer Union, also der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas, die im Übrigen auch in Artikel 1 des Vertrages über die Europäische Union verankert ist, die Grundausrichtung der Europäischen Integration. Spätestens mit der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Migrationsdebatte ist allerdings klar geworden, dass zwischen den Mitgliedsstaaten unterschiedliche Vorstellungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der EU bestehen. In diesem Zusammenhang hat der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, am 1. März 2017 im Weißbuch zur Zukunft Europas fünf Zukunftsszenarien für die EU vorgestellt. Eines dieser Zukunftsmodelle bezieht sich explizit auf ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten. Nach den Europawahlen soll dieser Prozess zum Abschluss kommen, damit die EU eine strategische Ausrichtung für die kommenden Jahre vornimmt. Die Freiwilligkeit und der offene Charakter dieses Kooperationsprinzips könnten auch dazu dienen, Spannungen innerhalb der Union abzubauen. Nicht wenige Mitgliedsstaaten stehen einer weiteren institutionellen Vertiefung der EU, die von einer politischen Europäischen Kommission ausgeht, skeptisch gegenüber. Daher kann dieser Mechanismus auch als Brücke dienen, um Gräben zwischen den Mitgliedsstaaten und den Institutionen zu überwinden. Wenn der französische Staatspräsident, Emmanuel Macron, allerdings eine „avantgarde“ fordert, die als Vorreiter die Integration vorantreibt (Sorbonne-Rede am 26.09.2017), führt das vor allem in Mittel- und Osteuropa zu verzerrten Bildern. Denn mit dieser Beschreibung wird in diesen Ländern ein Bild der Mitglieder zweiter Ordnung vermittelt, was Spaltungen festigt, anstatt diese abzubauen. Daher kommt der Kommunikation eine wesentliche Bedeutung zu.

Regelmäßig ergeben die Eurobarometer-Umfragen, dass die Bürgerinnen und Bürger in der EU mehr europäische Lösungen beim Thema Sicherheit erwarten. Im Hinblick auf die Innere Sicherheit wäre es denkbar, dass einige Mitgliedsstaaten ein Korps von nationalen Polizei- und Justizbeamten schaffen,

die im Bereich der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität stärker als bisher zusammenarbeiten würden. Mit der vollständigen Vernetzung von Datenbanken könnten sicherheitsrelevante Informationen umgehend und ohne umständlichen Austausch von Ersuchen geteilt werden. Auch bezogen auf die Europäische Staatsanwaltschaft, könnten Synergien geschaffen und genutzt werden. Eine weitere Möglichkeit wäre die noch stärkere Vernetzung von gemeinsamen Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsprogrammen in der Verteidigungspolitik, die ja bereits jetzt politisch europaweit diskutiert wird. Beispielsweise könnten sich einige Mitgliedsstaaten zusammenschließen, um im Bereich der Cyber-Sicherheit gemeinsame Programme zu entwickeln. Dadurch können die Mitgliedsstaaten auf den nationalen Ebenen Kosten sparen und ihr Wissen gewinnbringend einbringen. Allerdings könnte dies auch das Trittbrettfahren begünstigen, da sich Mitgliedsstaaten zu Beginn an der Entwicklung dieser gemeinsamen Projekte enthalten könnten, um am Ende von der europäischen Lösung zu profitieren. Dies muss verhindert werden. Auch in der Erweiterungspolitik der EU, bei der viele Mitgliedsstaaten zurzeit zurückhaltend sind, könnte der Ansatz der differenzierten Integration im Sinne einer Union der verschiedenen Geschwindigkeiten nützlich sein. Innerhalb der EU könnten politische Blockaden überbrückt und den interessierten zukünftigen Beitrittsländern schrittweise Integrationsperspektiven geboten werden. Beispielhaft kann das Konstrukt der Europäischen Energiegemeinschaft sein, an der neben der EU auch Drittstaaten, wie die Ukraine, Serbien oder Albanien teilnehmen. Die Drittstaaten können im Politikfeld der Energiepolitik Standards übernehmen und sich dadurch der EU annähern. Diese Form der sektoralen Integration von Staaten aus der europäischen Nachbarschaft könnte in beiderseitigem Interesse sein.

Insgesamt sollte man das Konzept des „Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten“ unterstützen, sofern es nicht zum primären oder gar alleinigen Instrument wird, um die Europäische Integration voranzutreiben. Die verschiedenen Integrationsebenen sind eigentlich nur Ausdruck der Vielfältigkeit der Union und der unterschiedlich starken Bereitschaft, in den Hauptstädten der EU zusammenzuarbeiten. ■



Der Autor:
Jakov Devčić ist
Koordinator für
Europapolitik
bei der Konrad-
Adenauer-Stiftung.

UNBESCHWERTE KINDHEIT, schwierige JUGEND



Der Euro erblickte am 1. Januar 1999 das Licht der Welt, zunächst als Buchgeld. Seit 2002 gibt es ihn auch als Bargeld. Inzwischen ist er offizielle Währung in 19 EU-Mitgliedsstaaten. An kritischen Stimmen hat es in seinem noch jungen Leben nie gefehlt. Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann zog kürzlich in einer Rede an der Universität von Südafrika in Pretoria eine Zwischenbilanz. Souverän dokumentiert Auszüge ...

der Euroraum in den vergangenen zehn Jahren eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise erlebt. Bildlich gesprochen, könnte man sagen, der Euro hatte eine unbeschwertere Kindheit, aber eine schwierige Jugend. Oder in den Worten des Financial Times-Kolumnisten Martin Wolf: Wie für viele Zwanzigjährige war die Pubertät für die europäische Währung traumatisch. Die Staatsschuldenkrise wurde durch beträchtliche makroökonomische Ungleichgewichte in den Euro-Ländern verursacht. Dahinter steckten eine übermäßige Kreditaufnahme, zu hohe unproduktive Ausgaben, der Verlust preislicher Wettbewerbsfähigkeit und fehlende Strukturreformen. Aber auch institutionelle Schwachstellen spielten eine Rolle. Man könnte sagen, die Währungsunion hat ein starkes und ein schwaches Bein. Der geldpolitische Handlungsrahmen war dabei von Anfang an das starke Bein. Das schwache Bein ist der finanz- und wirtschaftspolitische Rahmen – die fehlende echte Wirtschaftsunion. Dieser in den 1990er Jahren errichtete Rahmen konnte weder die negativen wirtschaftlichen Entwicklungen in den Mitgliedsstaaten verhindern, noch war er für die Lösung einer Krise geeignet. Als die Krise ausbrach, wurden finanzpolitische Notfallmaßnahmen ergriffen, um eine Eskalation zu vermeiden. Und das Eurosystem musste als Krisenfeuerwehr einspringen. ... Der Nachteil war, dass einige dieser Maßnahmen, insbesondere der Ankauf von Staatsanleihen, das Eurosystem an die Grenzen seines Mandats brachten. ... In diesem besonderen Gefüge birgt der Ankauf von Staatsanleihen grundsätzlich das Risiko, dass es über die Bilanz der Zentralbanken zu einer Gemeinschaftshaftung kommt und die Grenzen zwischen Finanz- und Geldpolitik verschwimmen. Angesichts dessen ist es gut,

dass wir die Risikoteilung im jüngsten Ankaufprogramm auf ein nur geringes Maß gesenkt haben. Dennoch wurden die Zentralbanken zu den wichtigsten Gläubigern ihrer Regierungen. Dies könnte letztlich unsere Unabhängigkeit infrage stellen. In den vergangenen Jahren wurde im Euroraum vieles auf den Weg gebracht, was die Lösung der Krise und ihrer zugrunde liegenden Ursachen betrifft ... Auch institutionell betrachtet, wurden viele positive Änderungen vorgenommen, wenngleich diese noch nicht ausreichen. Eine wichtige Entwicklung war die Errichtung eines dauerhaften Euro-Rettungsschirms, der den Mitgliedsländern im Krisenfall bedingte Finanzhilfen gewähren kann. Ein weiterer Meilenstein war die Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht. ... Sollte es heute zu neuen Turbulenzen im Finanzsystem oder in einzelnen Mitgliedsstaaten kommen, wären wir dafür wesentlich besser gewappnet als im Jahre 2010. Dennoch haben wir noch nicht genug getan, um den Euroraum ein für alle Mal krisenfest zu machen. Einige Punkte wie die fehlende Glaubwürdigkeit der Fiskalregeln oder der schädliche Staaten-Banken-Nexus harren noch immer einer angemessenen Lösung. Der fortbestehende Reformbedarf birgt Risiken für das Eurosystem, das womöglich wiederholt als Krisenfeuerwehr eingreifen müsste. Letztlich könnte es so für die Europäische Zentralbank immer schwieriger werden, sich auf ihr Versprechen einer stabilen Währung zu konzentrieren.

Hinweis: Den kompletten Redetext finden Sie unter <https://www.bundesbank.de/de/presse/reden/die-rolle-der-zentralbank-in-einer-modernen-volkswirtschaft-eine-europaeische-perspektive-776706>.



Das besondere Reiseerlebnis für Mitglieder und Freunde!



Inklusivleistungen:

- Haustürabholung (deutschlandweit, ausgenommen den Inseln) zu einem zentralen Treffpunkt inklusive Kofferservice
- Busfahrt in einem modernen Reisebus nach Kolberg und zurück (ggfs. mit Umstieg)
- Mittagsimbiss inklusive einem Getränk auf Hin- und Rückreise
- 14 Übernachtungen im Hotel Diva Spa**** in Marienbad im Doppelzimmer
- Vollpension
- Ärztliche Eingangskonsultation mit Aufstellung des Therapieplans
- 3 Kuranwendungen pro Werktag, insgesamt 30 Anwendungen*
* (MO bis FR – an polnischen Feiertagen entfallen die Kuranwendungen ersatzlos)
- Freie Nutzung der Hoteleinrichtungen mit Schwimmbad, Sauna, Whirlpool und Fitnessraum (außerhalb der Therapiezeiten)
- Leihbademantel
- Freier Internetzugang (WLAN)
- Deutschsprachige, örtliche Reiseleitung mit festen Sprechstunden
- Vorteilskarte mit attraktiven Vergünstigungen in ausgewählten, örtlichen Geschäften
- 24-Stunden-Notruftelefon

Nicht im Preis enthalten:

- Zusätzliche Mahlzeiten, Getränke und persönliche Ausgaben
- Trinkgelder
- Zusätzliche Reiseversicherungen (Wir empfehlen den Abschluss einer Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt.)
- Kurtaxe von ca. EUR 1,- p.P./Tag (zahlbar vor Ort)

KOLBERG

Kurreise an die polnische Ostseeküste

Ihre Vorteile als Souverän Leser:



Gönnen Sie Körper und Geist eine wohl verdiente Verschnaufpause. Hier ist die Gelegenheit dazu! Das Ostseebad Kolberg mit sechs Kilometer feinstem Sandstrand ist das größte Heilbad Polens. Nördlich der Innenstadt, mit beeindruckendem Rathaus, imposantem Dom und sehenswerter Altstadt, erstreckt sich das Kurviertel der einstigen Hansestadt.

Seit 1802 ist Kolberg als Kurort bekannt. Aus moorastigen Wiesen in der Umgebung wird das „Kolberger Heilmoor“ gestochen, das eine Reihe von hochwirksamen Stoffen enthält und für die wohltuenden Kurbehandlungen verwendet wird.

- Haustürabholung:**
Ihre Reise beginnt und endet vor Ihrer Haustür
- Erholung:**
Im Top-Hotel mit eigenem Spa-Bereich
- Wellness:**
Dreißig Anwendungen im Preis enthalten
- Verpflegung:**
Voll- statt Halbpension



Reisepreise:

Saison	Termine 2019	Grundpreis 1/2 DZ	VL-Aufenthalt* 1/2 DZ	EZ-Zuschlag	RRV
S	23.11.** , 07.12.**	EUR 739,-	EUR 610,-	EUR 280,-	EUR 35,-
A	26.10., 09.11.	EUR 849,-	EUR 700,-	EUR 364,-	EUR 40,-
B	28.09., 12.10.	EUR 979,-	EUR 830,-	EUR 364,-	EUR 45,-
C	08.06. 31.08., 14.09.	EUR 1.039,-	EUR 890,-	EUR 364,-	EUR 50,-
D	22.06., 06.07., 20.07., 03.08., 17.08.	EUR 1.179,-	EUR 1.030,-	EUR 364,-	EUR 55,-
E	21.12.**	EUR 1.249,-	EUR 1.100,-	EUR 364,-	EUR 60,-

Preise pro Person bei Zweierbelegung, inkl. Busanreise, Haustürabholung, Vollpension und 30 Anwendungen.

* = Der Preis des Verlängerungsaufenthaltes entspricht der jeweiligen Saisonzeit während des Aufenthaltes.

** = Die markierten Termine sind nur für die PLZ-Regionen 01-04, 06-19, 39 und 98-99 buchbar.

Hinweise: Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt; Preis mit Verlängerung auf Anfrage. Die Versicherung kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.

Zusatzleistungen:

Doppelzimmer Komfort pro Person: EUR 70,- für 14 Nächte

Barrierefreiheit ist nicht gewährleistet. Ob die Reise trotzdem Ihren individuellen Bedürfnissen entspricht, erfragen Sie bitte vor der Buchung.

INFORMATIONEN ANFORDERN

Reiseziel: KOLBERG

Coupon ausfüllen und direkt an Terramundi GmbH, Im Wauert 14, 46286 Dorsten senden.

Schneller geht's per Fax 023 69 / 9 19 62-33.

Besuchen Sie unsere Website: www.terramundi.de

Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur Kolberg-Reise per Briefpost per E-Mail

Name, Vorname	Telefon
Straße, Hausnummer	E-Mail
PLZ, Ort	

JA, ich bin damit einverstanden, dass meine Angaben aus diesem Formular zur Beantwortung meiner Anfrage erhoben und verarbeitet werden. Hinweis: Sie können Ihre Einwilligung jederzeit per E-Mail an info@terramundi.de widerrufen.

ES MUSS *konkret* WERDEN

Wie sich auch ältere Menschen für die Digitalisierung begeistern lassen. Ein Beitrag von Dorothee Bär, Staatsministerin für Digitalisierung.

Es ist noch gar nicht so lange her, da hat man im Zusammenhang mit den Vorteilen der Digitalisierung für ältere Menschen immer als Beispiel genannt, man könne mit den neuen Kommunikationsmöglichkeiten weltweit mit den Enkelinnen und Enkeln chatten oder „skypen“. Und ja: Ich gebe zu, auch ich habe das hin und wieder einmal so oder ähnlich gesagt.

Denn einerseits ist es ja völlig richtig. Andererseits aber greift es auf fast dramatische Weise zu kurz. In der Tat zeigt das Beispiel, dass der technologische Fortschritt keine Generationengrenzen kennt. Stand, Religion, Ausbildung, Vorlieben und Interessen, Alter oder Geschlecht: Das alles spielt keine Rolle, denn alle sind Teil einer Gesellschaft, die wir mit Fug und Recht schon heute eine digitale nennen dürfen.

Die Entwicklungen wirken in unseren Alltag hinein und schaffen viele Erleichterungen. Eine davon ist tatsächlich die einfache Kommunikation mit den Liebsten. Und dennoch: Es ist so viel mehr als das. Digitalisierung heißt, dass wir in neuen Dimensionen denken müssen, weil es hier um ein neues Gesellschaftsbild geht. Was genau bedeutet es denn, wenn sich Menschen zeit- und ortsunabhängig ohne größeren Aufwand austauschen können? Im Prinzip bedeutet es das Gleiche wie etwa der Einsatz eines sensorisch hochentwickelten Fußbodens, der Angehörige über eine Anwendung warnt, wenn seit einer bestimmten Zeit keine Bewegung mehr im Haus des Großvaters stattgefunden hat und dieser möglicherweise gestürzt sein könnte.

Beide Beispiele, der Onlinechat und der High-Tech-Fußboden, zeigen, wie der Einsatz von Technik den Alltag nicht etwa „rein theoretisch“, sondern ganz unmittelbar und konkret

verbessert. Im ersten Fall bleibt man im Kontakt, spricht und lacht miteinander und informiert sich übereinander. Im zweiten Fall ermöglicht die Technologie einen längeren Verbleib in vertrauter Umgebung, bietet Selbstständigkeit, wo sonst Fremdkontrolle stehen würde.

Ich komme sehr oft mit Menschen zusammen, die sich in völlig unterschiedlichen Lebensphasen befinden. Menschen, die sich in der Ausbildung befinden, junge Eltern, gemeinsam oder alleinerziehend, Seniorinnen und Senioren, die sich um ihre Enkel sorgen, und Enkelinnen und Enkel, die sich um ihre Großeltern sorgen, weil Letztere vielleicht pflegebedürftig sind und alleine nicht mehr zurechtkommen.

Allen Menschen können technische Komponenten helfen, sowohl füreinander als auch für sich selbst besser zu sorgen. Es kommt dabei aber natürlich auch darauf an, diese Möglichkeiten nicht nur zu erkennen, sondern auch anzunehmen: Natürlich kann man beklagen, dass es zu wenig Pflegepersonal gibt und den Bedürftigen die Ansprache fehlt. Man kann stattdessen aber nach Chancen suchen, die beispielsweise Pflegeroboter bieten, die Pflegerinnen und Pfleger nicht ersetzen, sondern entlasten können. Jede gewonnene Stunde, die ein Mensch bei automatisierten unpersönlichen Arbeiten einspart, gewinnt er oder sie für den zwischenmenschlichen Kontakt. Aus Bürokratie wird Fürsorge, aus Ablenkung durch das lästige Nötige wird die Konzentration auf das wohlthuende Wesentliche.

Natürlich ändert das nicht den Personalnotstand, der an anderer Stelle politisch angegangen werden muss. Aber es zeigt, dass digitale Maßnahmen keine Horrorszenarien heraufbeschwören müssen, sondern bestimmte problematische Situationen sehr unmittelbar



Die Autorin: Dorothee Bär, Jahrgang 1978 (CSU), ist seit dem 14. März 2018 Staatsministerin für Digitalisierung bei der Bundeskanzlerin im vierten Kabinett Merkel.



„ Jede gewonnene Stunde, die ein Mensch bei automatisierten unpersönlichen Arbeiten einspart, gewinnt er oder sie für den zwischenmenschlichen Kontakt. “

verbessern können – und dies an Stellen, die man vielleicht nicht sofort im Sinn hat, wenn man an Technik denkt.

Es wäre sicher nicht fair, von den Menschen einfach zu erwarten, dass sie Bedenken, Unsicherheit und vielleicht auch Angst einfach eintauschten gegen Neugier und Technologie-Enthusiasmus. Denn gerade in einer Zeit der Informations- und Desinformationsflut, der Halbwahrheiten und Filterblasenfakten kommt es darauf an, durch möglichst konkrete persönliche Positivverfahren Vorbehalte abzubauen. Durch Hörensagen allein entfacht man keine Begeisterungstürme. Durch große Visionen im Sprech des Silicon Valleys überwindet man nicht das natürliche Zögern vor Unbekanntem und verhindert nicht, dass Neuerungen hinterfragt werden, weil sie Gegebenheiten verändern, die man bisher für selbstverständlich und unabänderlich gehalten hatte.

Es muss nachvollziehbar und anschaulich sein. Die Menschen müssen die persönliche Betroffenheit (und dieser Begriff ist hier ausschließlich positiv gemeint) erkennen. Man kann nur Konkretes in die Arme schließen und schafft Wärme nur durch Nähe. Eine graue undefinierbare Rauchwolke entweicht, wenn man sich ihr nähert und gerade Menschen,

die nicht mit den vielen digitalen Tools groß geworden sind, die ihre Enkelinnen und Enkel heute ganz selbstverständlich bei sich tragen, haben sicher oft das Gefühl, vor einer diffusen Nebelschwade zu stehen, wenn die Digital Natives von den vielen aufregenden Innovationen sprechen. Daher: Es muss konkret werden. Ein Flugtaxi beispielsweise ist nur so lange ein albernes Hirngespinnst, bis es vor einem steht, wie neulich in Ingolstadt, als wir das erste Modell in Deutschland präsentieren konnten. Eine Maschine als persönlicher Assistent ist nur solange befremdlich, bis man einem selbst begegnet und sieht, dass das Gute und Hilfreiche das Schlechte und Sinnlose deutlich übertrifft.

Die Angst vor einem selbstfahrenden Auto schwindet spätestens dann, wenn man selbst aufgrund einer altersbedingten Sehschwäche nicht mehr fahren dürfte und man mit dem „Autopiloten“ schon das dritte, vierte oder fünfte Mal bequem und sicher von A nach B gekommen ist. Nach einem Jahr lächelt man schließlich über die ursprünglichen Vorbehalte, die gar nicht lächerlich waren – aber eben doch überwindbar.

Wenn ältere Menschen nicht mehr „aufs Amt“ gehen müssen, weil eine moderne digitale

Verwaltung alle Angebote und Dienstleistungen online anbietet. Wenn man sich viele Besuche und Wege beim und zum Hausarzt oder zur Fachärztin sparen kann, weil neue Anwendungen automatische Diagnosemöglichkeiten bieten, die von zu Hause aus geschehen können. Wenn Assistenzsysteme die Angst vor dem Verlust der Selbstständigkeit minimieren, weil sie das eigene Handeln bis ins hohe Alter ermöglichen. Und wenn schließlich direkt erlebbar ist, dass nicht Maschinen die Kontrolle über den Menschen erlangen, sondern die letzte Instanz die Anwenderin oder der Anwender bleibt – auch, weil die ethischen und gesetzlichen Parameter stimmen. Wenn all das gegeben ist, dann wird das Alter im Zusammenhang mit der Digitalkompetenz keine große Rolle mehr spielen und die Generationenschanke wird zur Generationenbrücke. Diese Chance sollte man sich nicht entgehen lassen.

Wir müssen die Digitalisierung in ihrer Gesamtheit denken, nicht kleinteilig. Wenn Autos selbst fahren, ist das nicht nur komfortabel, es bedeutet ganz neue Möglichkeiten der Mobilität für Menschen außerhalb von Großstädten oder höheren Alters.

Wenn wir eine digitale Patientenakte schaffen, dann bedeutet das nicht nur, dass mein Arzt oder meine Ärztin auf einen Blick meine Krankheitsgeschichte kennt, sondern dass sich gerade viele ältere Menschen den Weg zur Praxis sparen können.

Wenn zu Hause Maschinen mit Maschinen kommunizieren können und ein Haus oder eine Wohnung „smart“ vernetzt ist, dann bedeutet das nicht, dass mein Kühlschrank selbständig Joghurt nachbestellen kann, sondern dass Gefahren durch versehentlich angelassene Geräte verhindert werden oder dass bei einem häuslichen Unfall dank entsprechender Rückmeldesysteme sofort Hilfe kommt, wenn sie benötigt wird.

Auch wenn ich immer wieder zu mehr Begeisterung, mehr Enthusiasmus und weniger Bedenken aufrufe: Technologischer Fortschritt ist nur dann erstrebenswert, wenn er der Gesellschaft zugutekommt. Dies zu fördern ist ebenso unsere Aufgabe, wie auch den Menschen zu zeigen, wie sie das Beste für Ihren ganz persönlichen Alltag herausholen können. **SI**

HALTLOSES GEREDE VON DER „Opakalypse“



Das solidarische Miteinander der Generationen ist keine Fata Morgana, es ist tagtäglich gelebte Realität. Exkanzler Willy Brandt hat die Abhängigkeit der Generationen voneinander treffend auf den Punkt gebracht: „Wir brauchen die Herausforderungen der jungen Generation, sonst würden uns die Füße einschlafen.“

Ganz gleich, wie alt oder jung wir sind – wir lernen alle voneinander. Viele Ältere begleiten den engagierten Einsatz der gerade 16-jährigen Aktivistin Greta Thunberg für das Klima durchaus mit Wohlwollen. Die junge Schwedin zeigt, dass die „Generation Smartphone“ politischer ist als oft behauptet und sich für gesellschaftliche Belange – und nicht nur fürs neue Handy – interessiert. Weil Greta früh erkannt hat, dass ohne die Älteren kein Staat zu machen ist, bemüht sie sich um ein generationenübergreifendes Bündnis von Jung und Alt für das Klima. Dass der Einsatz für die Gemeinschaft keine Altersgrenzen kennt, erleben wir in diesen Wochen auch im idyllischen 8000-Einwohner-Städtchen Kirchheimbolanden. Dort hat die 100-jährige Lisel Heise für den Stadtrat kandidiert, weil sie sich für ein Schwimmbad im Ort starkmacht, das natürlich auch der Jugend zugutekommen soll. Nicht nur der Vorsitzende der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, sieht im Engagement der alten Dame ein „großartiges Signal“.

„Es gibt alte Esel und junge Talente“, hat der große Satiriker Kurt Tucholsky die Älteren davor gewarnt, den Geburtsschein zur Grundlage für Leistung und Engagement zu erklären. Dies beweisen auch die Studenten Markus Diente und Josef Kiener, die an der Hochschule München

ein Projekt entwickelt haben, um Senioren an neue technische Medien heranzuführen. Das schafft gesellschaftliche Teilhabe und fördert gleichzeitig den Gemeinschaftssinn zwischen Jung und Alt. Andere junge Leute geben in Altenheimen und Kliniken Theatervorstellungen oder führen Lesungen und Musikprogramme auf. Alles ehrenamtlich, versteht sich. Die Shell-Studie belegt es schwarz auf weiß: Die Jugend zeigt großes Bewusstsein für den Zusammenhalt der Generationen.

Gleichzeitig dokumentiert die ältere Generation, dass sie auch nach den beruflichen und privaten Wechseljahren gebraucht wird und nicht aufs Altenteil geschoben werden will. Die Erfahrungsgeneration gibt ihr Wissen an die Jungen weiter, geht als „Zeitzeugen“ in die Schulen, übernimmt Klassen-Patenschaften, hilft bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz oder organisiert Nachhilfen, Schulbibliotheken, Ausflüge oder Fahrradwerkstätten. Immer mehr Älteren reicht es nicht, sich über Seniorenteller im Restaurant oder verbilligte Eintrittskarten im Zoo zu freuen. Der Lebenszyklus Ausbildung, Arbeit, Altersruhe war gestern – viele fühlen sich zu jung für alt und bringen sich für die Jungen ein. Da geht noch was. Schließlich ist dem Opa auch die Zukunft des geliebten Enkels nicht egal.

Die Generali-Altersstudie hat bereits 2013 dokumentiert, dass 57 Prozent der Generation 65-plus sich auch im Alter verantwortlich fühlen für die Zukunft. Das Klischee vom vernügnungssüchtigen alten Kreuzfahrer stößt an Grenzen, wenn die Senioren nach eigenen

Für Satiriker und Schwarzmal-ler tobt ein „Kampf der Generationen“, da ist je nach Geschmack und Gesinnung von der drohenden „Opakalypse“ bis hin zum grassierenden „Jugendwahn“ die Rede. Alles Quatsch. Schon ein kurzer Blick hinter die Fassade zeigt ein ganz anderes Bild: Jung hilft Alt und Alt hilft Jung.



Der Autor: **Wilfried Goebels** hat mehr als 35 Jahre als politischer Korrespondent bei der Funke-Mediengruppe und mehreren anderen Regionalzeitungen gearbeitet. Er ist heute als freiberuflicher Publizist tätig.

Angaben 15 Stunden pro Monat ihren Kindern zur Hand gehen. Sozialwissenschaftler wissen, dass das Verhältnis zwischen Jung und Alt nie so gut war wie heute, weil Eltern oft beste Freunde und Großeltern nicht selten fürsorglicher sind als frühere Generationen. Populisten und Scharfmacher sollten umdenken.

Die 2017 verstorbene französische Schauspielerinnen Jeanne Moreau hat ihren Altersgenossen eine Lebensweisheit mit auf den Weg gegeben. „Alt ist man dann, wenn man an der Vergangenheit mehr Freude hat als an der Zukunft.“ Die heute 70-Jährigen sind so fit wie die 50-Jährigen früher. Die neuen Rentner sind im wahrsten Sinne des Wortes „Unruheständler“. Die Assoziation Alter gleich Rollstuhl und Pflegebett trifft auf die meisten 80-Jährigen nicht zu. Die Senioren wollen gebraucht werden – und werden gebraucht. Auch, und gerade, von den Jungen.

Zahllose junge, berufstätige Familien mit Kindern würden im stressigen Alltag gnadenlos scheitern, wenn sie nicht auf die Hilfe und Unterstützung älterer Verwandter und Bekannter bauen könnten. Ungünstige Kitazeiten, ein krankes

Kind, plötzliche Termine im Job – flugs rückt die riesige „Kompanie der Silberfüchse“ an, um Versorgungslücken in der Familie zu schließen. Sicher auch dies kein Beispiel für den medial inszenierten „Krieg der Generationen“.

Dass das Gefühl, gebraucht zu werden, auch ein starker Schutzschild für Ältere vor Psychosen, Vereinsamung und Lebensleere ist, gilt als sicher. Und wer täglich Kontakt mit Kindern und jungen Leuten hat, hält sich geistig fit: Wer im Herzen jung geblieben ist, hat dem Alter ein Schnippchen geschlagen. Ohne das gesellschaftliche Engagement der Senioren, die schließlich auch über die nötige Zeit verfügen, wäre auch in der Flüchtlingsfrage manche Hilfe nicht möglich gewesen. Zahllose Ältere haben jungen Bürgerkriegsflüchtlingen beim Erlernen der deutschen Sprache geholfen, haben Behördengänge mit Asylbewerbern unternommen oder sind mit ihnen zum Arzt gegangen. Diese Leistung für ein friedliches Miteinander lässt sich gar nicht hoch genug veranschlagen.

Auch im Beruf ist das Miteinander der Generationen unverzichtbare Voraussetzung für

wirtschaftlichen Erfolg. Immer mehr Unternehmer und Handwerksbetriebe beklagen, dass ihnen das nötige Erfahrungswissen abhandekommt, wenn ältere Fachkräfte in den Ruhestand gehen. Senioren werden als Ausbilder für Berufseinsteiger händeringend gebraucht. Längst holen Konzerne wie der Autobauer Daimler Ruheständler, die sich nicht zur Ruhe setzen wollen, zurück in die Betriebe. Und auch im Handwerk arbeitet mancher Senior ein paar Jahre länger, um dem Nachwuchs mit der Macht der Erfahrung die richtigen Handgriffe zu zeigen. Das Problem: Noch fehlt es an ausreichenden Angeboten für ältere Menschen, die sich engagieren wollen.

Die I-Phone-Generation und die Nachhilfe-Oma in den „besten Jahren“ bilden eine kräftige Achse Jung/Alt. Alles Gerede vom „Krieg der Generationen“ ist und bleibt haltloses Gerede. Selbst die Frage, wie auskömmliche Renten für künftige Generationen trotz des demografischen Wandels langfristig gewährleistet werden können, lässt sich auf der Zielschiene über private Zusatzregelungen zur Rentenversicherung sicher lösen. Und dass es vielen Opas und Omas heute finanziell relativ gutgeht, dürfte nicht zuletzt auch deren Enkel und Enkelinnen freuen. ■

WOHL BEHÜTET AUFGEWACHSEN.



Ich weiß genau, wo das Holz herkommt, was in mir steckt. 100% aller weltweit eingesetzten Zellstofffasern sind nach dem Standard des Forest Stewardship Council (FSC®) zertifiziert.

Mehr erfahren Sie unter karton-natürlich.de



KARTON, NATÜRLICH!

Das Umweltbundesamt empfiehlt den Kauf von Mehrwegflaschen und ökologisch vorteilhaften Getränkekartons.

Eine Initiative des Fachverband Kartomaterialien für flüssige Nahrungsmittel e.V.

| Gut vorsorgen?!

Anfang 2020 soll die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ – kurz: Rentenkommision – ihre Empfehlungen abgeben. Sozialminister Heil ist unterdessen vorgeprescht und will eine Grund- bzw. Respektrente ohne Bedürftigkeitsprüfung durchsetzen, die Grünen eine Garantierente. Abseits dieser Diskussionen schlägt Renten-Experte Professor Dr. Andreas Oehler eine Ergänzung des aktuellen Systems der Altersvorsorge vor.

Die Konsequenzen des Alterungsschubs in den kommenden 25 Jahren sind ebenso bekannt wie das Menü der rentenpolitischen Optionen. So hat jede demografieorientierte Rentenreform letztlich vier Stellschrauben: Beitragssatz, Regelaltersgrenze, Sicherungsniveau und steuerliche Kofinanzierung. Welchen Mix man wählt, ist weniger eine ökonomische als eine verteilungspolitische Frage, die die Politik selbst beantworten und vor den Wählern verantworten muss. Die Altersvorsorge ist daher auch 2019 wieder eines der vorherrschenden Themen in der deutschen Politik. Zunehmend begreifen viele Bürgerinnen und Bürger, nicht verursacht, aber beschleunigt durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld, dass die vorhandenen privatwirtschaftlichen Systeme der staatlich geförderten zusätzlichen Altersvorsorge und der betrieblichen Altersvorsorge kaum ausreichend sein dürften, annähernd einen auskömmlichen Lebensstandard im Alter zu sichern. Die Einkommenssicherung für die Zeit nach dem Berufsleben gehört damit zu den **existenziellen** Bedürfnissen aller Menschen in unserer Marktwirtschaft. Die unabhängige Verbraucherkommission Baden-Württemberg kommt daher zuletzt schon in 2015 zu dem Ergebnis, dass „wichtige Teile der privaten betrieblichen Altersvorsorge (zweite Säule), nämlich die Entgeltumwandlung, für viele Arbeitnehmer kaum lohnend sein dürfte. ... Zahlreiche Untersuchungen haben inzwischen gezeigt, dass die privatwirtschaftlich organisierte kapitalgedeckte Zusatzvorsorge ihren Erwartungen nicht gerecht wird, vor allem weil die Rendite für die Versicherten weit hinter den Erwartungen und den Möglichkeiten zurückbleibt.“ In den letzten Jahren lassen sich zwar immer wieder

einzelne Diskussionen zum Thema erkennen, so zum Beispiel zu einer „Deutschland-Rente“, zu einer „Reform der betrieblichen Altersvorsorge“ oder auch zu einem „Ende der ‚Riester & Rürup‘-Produkte“, allerdings ohne nutzbares Ergebnis. Dies gilt umso mehr, als die politisch gewollte, absichtliche Senkung des Sicherungsniveaus in der Gesetzlichen Rentenversicherung ab 2002 erst eine besondere privatwirtschaftliche Zusatzvorsorge mit staatlicher Förderung für notwendig erklärte. Bereits 2009 konnte gezeigt werden, welche gravierenden Mängel hier bestehen. Trotzdem wurde dieses oft untaugliche System der „Riester“-Produkte politisch nicht korrigiert, sondern zu Lasten vieler Bürgerinnen und Bürger belassen. Auch die immer wieder neuen Versuche zu einer sogenannten „Grundrente“, ob nun im Gewand einer „Leistungsrente“, einer „Solidarrente“, einer „Garantierente“ oder einer „Respektrente“, dienen wenig der Lösung der grundlegenden Problematik. Mängel liegen regelmäßig nicht nur in der Unausgewogenheit der ökonomischen Verteilung, sondern insbesondere auch in der mangelnden Adressierung des Problems und der Betroffenen. Direkte Freibeträge für Altersvorsorge für alle Versicherten dürften verständlicher, ökonomisch gerechter und damit zielgerechter sein. Ziel dieses Beitrags ist es, zusätzlich und im Sinne einer verständlichen, nicht diskriminierenden und ökonomisch ausgewogenen Verbesserung der Altersvorsorge, unabhängig von einem bestimmten Interessenverband oder einem politischen Lager, einen konkreten **Lösungsvorschlag** vorzustellen, der sich zügig umsetzen ließe, wenn alle Stakeholder daran tatsächlich interessiert sind. Jedes weitere Zuwarten oder Aufschieben würde die Bürgerinnen und Bürger

wertvolle Zeit und viel Geld für ihre Altersvorsorge kosten. Der Vorschlag umfasst zwei Stufen und bezieht grundsätzlich alle abhängig Beschäftigte, Selbstständige, Freiberufler und Beamte mit ein. Er ist **zusätzlich** zur bestehenden Grundversorgung durch die Rentenversicherungspflicht als eine vergleichbare berufstätige Basisversorgung oder die Beamtenversorgung gedacht.

Stufe 1 mit Opt-out:

Stufe 1 verpflichtet alle abhängig Beschäftigte, Selbstständige, Freiberufler und Beamte, gestaffelt nach Einkommen, ab einem monatlichen Betrag von mindestens ca. 20 Euro bis maximal ca. 100 Euro in einen Fonds zur deutschen Altersvorsorge einzuzahlen. Diese Verpflichtung erlischt nur, wenn ein Austritt ausdrücklich erklärt wird und Alternativen nachgewiesen werden (s.u.). Der Fonds besteht aus einem kleinen **Portfolio weltweit breit streuender, börsengehandelter Index-Fonds (XTF)**, der entweder von der Deutschen Bundesbank oder von der Deutschen Rentenversicherung Bund geführt wird, beides Institutionen, die durch ihre hohe Reputation in der Bevölkerung, ihre Expertise und niedrige Verwaltungskosten bekannt sind. Auf die Stufe 1 können bestehende oder neue Zusatzversicherungen zum Beispiel für Freiberufler, Angestellte des öffentlichen Dienstes oder Beamte ebenso angerechnet werden wie tarifliche oder außertarifliche Leistungen im Rahmen bestehender oder neuer Leistungen der betrieblichen Altersvorsorge. Die Stufe 1 kann auch als **Variante mit Kapitalgarantie** gewählt werden, vor einer solchen Varianten-Entscheidung werden die Kosten der Garantie explizit im Klartext und in Euro ausgewiesen. Ein Wechsel zwischen der Variante ohne und

mit Garantie kann grundsätzlich nicht vollzogen werden, für neue Beträge ist aber wieder eine neue Wahl möglich. Damit können jede und jeder gleichzeitig zwei Unterkonten in der Stufe 1 haben, ein Konto mit Beträgen unter Kapitalgarantie und eines ohne.

Die ersten 20 Euro pro Monat werden durch den Bund aus Steuermitteln um den gleichen Betrag (20 Euro) direkt aufgestockt, allerdings mit einer Auszahlungssperre bis zum Versorgungsbeginn. Wird eine Zusatzversicherung angerechnet (s.o.), dann ist der Aufstockungsbetrag vom entsprechenden Arbeitgeber einzuzahlen. Zwölf Monate vor dem Versorgungsbeginn kann durch Konteninhaber entschieden werden, ob bis zu 25% des Kontoguthabens in einem Betrag zum Versorgungsbeginn ausgezahlt werden sollen, ohne Nachteile hinsichtlich der Aufstockungszahlung durch den Bund. Der verbleibende Betrag wird in Entgeltpunkte der Rentenversicherung Bund umgerechnet und ab Versorgungsbeginn als monatliche Rentenzahlung ausgezahlt.

Stufe 2 mit freiwilliger Ergänzung für alle:

In den (separaten) Fonds nach Stufe 2 können alle Bürgerinnen und Bürger und auch alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger weitere Beträge als regelmäßige Monatsbeträge oder als Jahresbeträge einzahlen: mit der **Zweckbindung** einer Auszahlung ab dem Versorgungsbeginn. Die Stufe 2 steht allen nichtprofessionellen Investoren offen, nicht nur den genannten abhängig Beschäftigten, Selbstständigen, Freiberuflern oder Beamten. Eine vorgezogene Auszahlung ist zum jeweils aktuellen Wert (ohne Rentenanspruch) mit einem Abschlag von 5%, der auch anteilige Verwaltungskosten enthält, möglich. Auch für diese Stufe 2 kann eine **Variante mit Kapitalgarantie** gewählt werden, vor einer solchen Varianten-Entscheidung werden die Kosten der Garantie explizit im Klartext und in Euro ausgewiesen. Ein Wechsel zwischen der Variante ohne und mit Garantie kann grundsätzlich nicht vollzogen werden, für neue Beträge ist aber wieder eine neue Wahl möglich. Damit können jede und jeder gleichzeitig zwei Unterkonten in der Stufe 2 haben (s.o.). Die Auszahlungsregelung zum Versorgungsbeginn gilt analog zu Stufe 1, allerdings kann bis 12 Monate vor Versorgungsbeginn auch über eine

in der Höhe selbst festzulegende Teilauszahlung oder Komplettauszahlung entschieden werden. Der Lösungsvorschlag nach Stufe 1 erlaubt insbesondere aus der Perspektive der meisten Bürgerinnen und Bürger in einfacher, überschaubarer und nachvollziehbarer Weise den Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge, die diesen Namen auch rechtfertigt. Dabei wird dem teilweise vorhandenen Bedürfnis nach einer absichernden Kapitalgarantie entsprochen. Gleichzeitig wird mit der Stufe 2 all jenen Rechnung getragen, die – gerade nach den Erfahrungen mit der Finanzsystemkrise – gerne freiwillig und unter dem Dach einer vertrauenswürdigen Institution mehr für ihre Altersvorsorge leisten, aber gleichzeitig sich nicht permanent damit beschäftigen möchten. Beide Stufen und der Verpflichtungsgrad mit der Opt-out-Variante sind so moderat gestaltet, dass sie einerseits die notwendige **Flexibilität** gewährleisten, zum Beispiel hinsichtlich der Entwicklung der jeweiligen Lebensumstände und der Erwerbsbiografie, ohne drohende Geldverluste befürchten zu müssen. Andererseits dürfte die Ausgestaltung die notwendige **Selbstbindung** fördern und eine **zeitentlastende** sowie komplexitätsreduzierende Wirkung auf die Bürgerinnen und Bürger ausüben. ■

Das meint die Senioren-Union

Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union der CDU, Prof. Dr. Otto Wulff, steht grundsätzlich zu den Plänen der Großen Koalition zur Einführung einer Grundrente für langjährig Beschäftigte. In der aktuellen Debatte übte Wulff jedoch massive Kritik an den Plänen von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil MdB (SPD). „Ohne eine Bedürftigkeitsprüfung würde das Lebensleistungsprinzip aufgegeben und wäre das Rentensystem auf Dauer überfordert“, sagte Wulff kürzlich in Berlin. „Ein Rentenaufschlag nach dem Gießkannenprinzip ist ungerecht und nicht finanzierbar.“

Bundesminister Heil MdB hatte vorgeschlagen, ohne Prüfung der Bedürftigkeit für alle Geringverdiener, die mindestens 35 Jahre Beiträge eingezahlt haben (Kindererziehungs- und Pflegezeiten würden dabei angerechnet), eine Grundrente von rund 900 Euro monatlich zu zahlen.

Wulff lehnte den Vorstoß mit der Begründung ab, dass nur das gemeinsame Haushaltseinkommen der Partner einschließlich der Einnahmen aus privaten Kapitaleinkünften darüber entscheide, ob Menschen in Altersarmut fallen würden. „Auch die Ehefrau eines Spitzenverdieners, die ihr Leben lang Teilzeit gearbeitet hat, würde von der Grundrente profitieren. Das ist kein Beitrag gegen Altersarmut“, mahnte der Bundesvorsitzende der Senioren-Union. Der Senioren-Unions-Vorsitzende warnte, die Rentenkasse oder den Steuerzahler mit „unausgegorenen und populistischen Konzepten“ zu belasten. „Ohne Prüfung der Bedürftigkeit ist eine Grundrente völlig ungeeignet, ungerecht und schlicht unfinanzierbar“, sagte Wulff.



Der Autor:
Prof. Dr. Andreas Oehler ist Inhaber des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft, an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und Direktor der Forschungsstelle „Verbraucherfinanzen und Verbraucherbildung“. E-Mail: andreas.oehler@uni-bamberg.de; <https://www.uni-bamberg.de/bwl-finanz/>



Wider DIE VERORDNETE SPRACHDIKTATUR?

Dr. Friedemann Richert:

Unsere geistige Heimat ist die Sprache. Und die Schrift bildet mit ihren Buchstaben die Sprache ab, hält das gesprochene Wort fest. Darum sind Sprache, Grammatik und Schrift eine feste Einheit, die der zweckfreien Verständigung dienen. Nun wird seit einiger Zeit behauptet, Sprache sei ungerecht. Das freilich ist eine ideologische Behauptung, die der Genderideologie entstammt. Diese geht von der irrigen Annahme aus, das eigentliche Menschsein liege jenseits aller biologischen Gegebenheiten, kulturellen Überlieferungen und tradierten Sprachen und verwirkliche sich ausschließlich im gegenwärtigen sozialen Kontext, der nun sprachlich neu zu fassen ist. Scharen von Akademikern, Universitäten, Städten, Verwaltungen und Parteien übernehmen ungeprüft diese These, reden und schreiben nunmehr in einer gendergerechten Sprache. Nur wenige wagen es, dieser Gendertheorie zu widersprechen, kann sie doch den Mainstream der Medienwelt und der Politik für sich reklamieren.

Ein sachlicher Blick tut hier not: Es gibt keine ungerechte Sprache. Es gibt nur eine gute oder schlechte, eine schöne oder garstige Sprache. Nur Personen sind ungerecht. Gerechtigkeit ist eine Haltung, die nur dem Menschen zukommt oder eben fehlt. Keine Sache und kein System kann ungerecht sein: Ohne ein persönliches Subjekt gibt es keine Ungerechtigkeit. Gerechtigkeit ist immer eine Deutung des Menschen. Weil dem so ist, kann Sprache auch nicht ungerecht sein, denn Sprache ist kein handelndes Subjekt. Allein die Grammatik ist der Schlüssel zum

guten und rechten Gebrauch der Sprache und der Schrift. Und diese kennt in der deutschen Sprache nur das grammatikalische Geschlecht, welches die Substantivbildung bestimmt.

Die Geschichte des grammatikalischen Geschlechts hat eine lange Tradition: Das Femininum bezeichnet abstrakte, hervorragende Sachen wie etwa: die Liebe, die Kunst, die Demokratie. Das Maskulinum vertritt das Allgemeine, wie etwa: der Fluss, der Baum, der Kuss, und selbst der Mann bezeichnet zunächst nicht das biologisch männliche Geschlecht, sondern den Menschen an sich, wie etwa noch an dem Pronomen „jedermann“ oder an der Redewendung: „etwas an den Mann bringen“ ersichtlich ist, während das Neutrum den Inhalt oder das Ergebnis einer bestimmten Handlung bezeichnet, wie etwa: das Auto, das Haus, das Kind. Das grammatikalische Geschlecht interessiert sich nicht für das biologische Geschlecht oder Geschlechterrollen, es grenzt niemanden aus, es diskriminiert niemanden, es bringt niemanden zum Verschwinden. Besonders deutlich wird das bei den Endsilben der Wörter, die in der Gendertheorie eine besondere Aufmerksamkeit erfahren, wie der Genderstern* signalisiert: Hier wird bewusst das grammatikalische Geschlecht durch das biologische Geschlecht ersetzt, um zu zeigen: Sprache diskriminiert. So wird künstlich Folgendes konstruiert: Die Endsilbe „er“, etwa bei dem Wort „Lehrer“, wird exklusiv dem biologischen Geschlecht des Mannes zugewiesen, um zu sagen: Seht, die Frauen unter den Lehrern werden sprachlich diskriminiert. Demgegenüber gilt es festzuhalten: Das Wort „Lehrer“ endet mit dem grammatikalischen



Geschlecht „er“ im Maskulin, um das Allgemeine der Person des Lehrers zu bezeichnen. Dieses Allgemeine der Person ist inklusive und bezeichnet prinzipiell alle Geschlechter. Wenn hingegen das weibliche Geschlecht eigens bedacht werden soll, fügt die Grammatik dann, etwa beim Substantiv „Lehrer“, die Endung „in“ hinzu, um die besondere Wertschätzung der weiblichen Person in exklusiver Form zu betonen: Das Wort „Lehrerin“ ist exklusiv dem weiblichen Geschlecht vorbehalten, wäre dem nicht so, würde also die Endung „er“ beim Wort „Lehrer“ ausschließlich das biologisch-männliche Geschlecht bezeichnen, dann wäre eine „Lehrerin“ ein Zwitter mit einem männlichen („er“) und einem weiblichen („in“) Geschlecht. Das aber, wissen alle, ist Unsinn.

Sprache im politischen Sinne umzubilden, war von jeher intolerant, politisch bevormundend und totalitär. Dass Sprache ungerecht sei, ist schlicht falsch. Das wird schon daran ersichtlich, dass die Kritiker der Gendersprache nicht mit Argumenten widerlegt, sondern mit Betroffenheitsvoten angegangen werden. Das aber ist freien Bürgern gegenüber unwürdig. Es bedarf keiner Gendersprache und -schreibweise, sondern der Wiederentdeckung der schönen deutschen Sprache mit ihrer hilfreichen Grammatik. Das demokratische und weltoffene Frankreich hat uns das bereits vorgemacht: Es hat im Jahre 2017 die Genderschreibweisen in allen Behörden verboten. Und das im Namen der Freiheit und Demokratie. Vive la France!

Ein Vorstoß der Stadt Hannover für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache hat eine breite Debatte losgetreten.

Wenn möglich, sollen Formulierungen wie „Teilnehmende“ statt „Teilnehmer“ oder „Teilnahmeliste“ statt „Teilnehmerliste“ verwendet werden. Gibt es keine Alternative, wird der Genderstern empfohlen – zum Beispiel der* die Ingenieur*in. „Schluss mit dem Gender-Unfug!“ meint hingegen der Verein Deutsche Sprache, der mit 100 Erstunterzeichnern aus Wissenschaft und Kultur eine Initiative gegen geschlechtsneutrale Sprache und lächerliche Sprachgebilde auf den Weg brachte. Zwei Stimmen zum Thema ...

Angelika Klüssendorf:

Was meine Bücher betrifft, bin ich klar positioniert. In meinen Büchern wird es weiterhin Raucher geben, nicht: Rauchende. Ich werde niemals Sternchen oder Binnen-I verwenden. Was die gendergerechte Sprache außerhalb meiner Bücher anbelangt, begreife ich einiges nicht. In meinen Büchern kommen Außenseiter vor, auch Obdachlose, die neuerdings da und dort Wohnungssuchende genannt werden. Sind die Obdachlosen dadurch weniger schmutzig, saufen sie weniger, sind sie weniger einsam? Und vor allem: Viele Obdachlose suchen keine Wohnung. Also ist der Begriff nicht nur euphemistisch, sondern schlicht falsch und sinnentstellend.

Wenn wir Sprache bereinigen, erleiden wir in der Konsequenz das Dilemma, dass wir geschichtslos werden. Die Sprache von Astrid Lindgren war damals nicht negativ konnotiert, und es gab offenbar in der Hinsicht noch kein Korrektiv für Ungenauigkeiten. Zum Beispiel: Die Bewohner der Südsee hatten in der Regel keine schwarze Haut; wenn wir allerdings im Nachhinein aus einem Neger einen Südseeinsulaner machen, verfälschen wir die historische Gegebenheit der Literatur in der Zeit ihrer Entstehung. Das ist nicht nur uninteressant, sondern fahrlässig. Wir können allenfalls Sprache (zum Beispiel die des Mittelalters) qualifiziert adaptieren; wir können aber nicht einfach eine Wirklichkeit verändern, weil sie uns nicht gefällt. Im Gegenteil, wir müssen uns mit ihr auseinandersetzen. Auch das gehört essenziell zur Beschäftigung mit Literatur als erzählter Welt. Sprache ist ein riesiges Reservoir an Geschichte und Erinnerung.



Der Autor: Dekan Dr. Friedemann Richert (geb. 1959) ist seit Oktober 2011 Dekan des Evangelischen Kirchenbezirks Künzelsau.

WAS MEINEN SIE?

Ist die Debatte über Gendersprache wirklich überflüssig, oder gibt es doch gute Gründe, sie zu führen? Wie stehen Sie zu dieser Frage?

Schreiben Sie uns:
Redaktion Souverän, Senioren-
Union der CDU Deutschlands,
Konrad-Adenauer-Haus, Klingel-
höferstraße 8, 10785 Berlin.
Oder einfach per Mail:
seniorenunion@cdu.de

Ich glaube nicht, dass es weniger Rassismus gibt, wenn wir die Sprache aus früheren Zeiten bereinigen.

Es ist ja keine Frage, dass sich jedweder Mensch bei Sprache gemeint fühlen soll. Was denn sonst?! Doch warum das gestelzte „Innen“ oder „innen“? Sprache muss gesprochen werden, muss sprechbar sein. Nun ja, für das gendergerechte Sprechen gibt es inzwischen die Anweisung von Prof. Dr. Anatol Stefanowitsch: Das Sternchen und die Lücke werden in der Aussprache durch einen stimmlosen glottalen Verschlusslaut wiedergegeben – einen Laut, den wir produzieren, indem wir die Stimmlippen („Stimmbänder“) kurz vollständig schließen.

Voilà! Ich allerdings frage mich: Wer will ernsthaft ein Sternchen oder eine Lücke sein? Ich habe kürzlich eine sehr bewegende Dokumentation über Hermaphroditen gesehen (Männlich, weiblich – oder was? Leben mit dem dritten Geschlecht). Seit November 2017 gibt es den dritten Geschlechtseintrag für Intersexuelle, das war richtig und notwendig. Ein Gesetz gegen kosmetische Geschlechtsoperationen an Kindern gibt es bis heute bei uns nicht! Das heißt: Kinder dürfen immer noch „umoperiert“ werden. 2019 in Deutschland! An was erinnert uns das? Ich finde es unglaublich. Nur scheint es keinen zu interessieren. Wo bleibt der Aufschrei? Und was die Sprache angeht: Wir müssen nicht gendern, um Gerechtigkeit und Würde walten zu lassen. Vielleicht sollte man die Anrede Mann oder Frau einfach weglassen. Vielleicht reichen unsere Namen. Guten Tag, ich bin Angelika Klüssendorf. Zumal ein Mensch,



der Hermaphrodit ist, bestimmt nicht sagen möchte: Hallo, ich bin Inter XY oder Zwitter YZ. Oder so etwas in der Art.

Ich frage mich auch: Wie viele Millionen unserer Steuergelder wurden und werden für Sternchen und Lücke verwendet? Für grammatische Fehlleistungen wie: Studierende. Denn ein sterbender Studierender stirbt beim Studieren, ein sterbender Student kann auch im Schlaf oder sonst wo sterben. Und gäbe es einen Zusammenhang zwischen dem natürlichen und dem grammatischen Geschlecht, hieße es dann: „Es war der Nachtigall und nicht die Lerche“, weil nur männliche Nachtigallen singen? Wo fängt es an, und wo hört es auf? Man muss nur mal in Universitäten und Hochschulen recherchieren, um einen genauen Begriff davon zu bekommen. Mein Mann Torsten Schulz ist neben seiner schriftstellerischen Arbeit als Universitätsprofessor tätig. Gender, sagt er, ist längst eine Lobbyangelegenheit geworden. Es geht vor allem um Einfluss und Macht, um die Ausbreitung von Partikularinteressen. Die Mehrheit an der Uni fügt sich diesen Gruppen, die nicht bei Sprache haltmachen, sondern besonders in kultur- und geisteswissenschaftlichen Bereichen ganze Segmente von Forschung und Lehre okkupieren.

Und die Studenten? Die Mehrzahl sieht diese Entwicklung kritisch. Sie interessieren sich vielmehr dafür, wie sie nach dem Studium Jobs bekommen. Deshalb gibt es auch einige, die

unter vier Augen sagen, dass sie den Zirkus mitmachen, weil sie dadurch vielleicht eine Uni-Karriere ansteuern können.

Gewundert habe ich mich über den Furor, die Wut und Selbstüberhebung einzelner Kritiker. In der taz hieß es: Würde selbstgerechter Zorn den Körper durch die Harnröhre verlassen, ertrinken würden die Erstunterzeichner*innen des Aufrufs „Schluss mit dem Gender-Unfug“ in ihren eigenen Ausscheidungen. Da bin ich doch froh, dass nur die ersten hundert gemeint waren, denn inzwischen haben über 50.000 die Petition unterschrieben.

Dieser Kommentar erschien zuerst in der ZEIT 13/2019 am 20. 3. 2019.



Die Autorin:
Angelika Klüssendorf ist Schriftstellerin. Zuletzt erschien von ihr der Roman *Jahre später* (Kiepenheuer & Witsch).



Religion

Jenseits DES POLITISCHEN ISLAM

Der Islam ist eine Religion mit vielen Facetten, die sich bereits nach dem Tod ihres Religionsgründers Mohammed in zwei widerstreitende Richtungen, die der Schiiten und Sunniten, spaltete und außerdem eine Anzahl kleinerer Gruppierungen wie die Alawiten, Aleviten, Ibaditen oder die Ahmadiyya Muslim Jamaat hervorgebracht hat. Darüber hinaus gibt es unterschiedliche Rechtsschulen, sufistische Orden, die von charismatischen Scheichs geleitet werden, und in jeder Weltregion Verschmelzungen mit örtlichen kulturellen Traditionen. Quer zu diesen Unterteilungen lassen sich konservative, fundamentalistische und liberale Flügel ausmachen.

In der Öffentlichkeit nehmen wir vor allem Vereinigungen wahr, die dem so genannten politischen Islam angehören, die sehr gut organisiert sind, geschlossene Gemeinschaften bilden, vom Ausland finanziert werden und die Deutungshoheit über den Islam beanspruchen. Leider werden sie von der Politik häufig als Ansprechpartner privilegiert. Die Heterogenität des Islam ernst zu nehmen, bedeutet aber, auch Vertreter anderer Flügel bei staatlichen Kooperationen zu berücksichtigen. Diese sind zahlreicher, als man gemeinhin denkt. Ich möchte vier Beispiele nennen.

Da wäre zum einen der 2010 gegründete „Bund Moslemischer Pfadfinder und Pfadfinderinnen Deutschlands“ (BMPPD), der eng mit dem Sufi-Orden der Alawiyya zusammenarbeitet und einen offenen emanzipativen Islam vertritt. Die Vorstandsvorsitzende ist eine Frau. Der BMPPD pflegt den internationalen Pfadfindergeist, organisiert Freizeiten mit christlichen Pfadfindergruppen und ermuntert muslimische Jugendliche spielerisch Verantwortung zu übernehmen.

Ein anderes Beispiel ist die „Ibn-Rushd-Goethe-Moschee“, die 2017 in Berlin eröffnet wurde. Die Initiatorin ist Seyran Ates, die bis dahin vor allem als unerschrockene Anwältin für Opfer häuslicher Gewalt und als kritische Autorin patriarchalisch-muslimischer Parallelstrukturen bekannt war. Sie sei eine gläubige Muslimin, sagte sie anlässlich der Gründung, doch die

In der Einschätzung vieler Menschen gilt der Islam als rückwärtsgerichtet und radikal. Doch es gibt inzwischen Strömungen, die sich deutlich davon abheben.

konservative Auslegung des Islam, die in fast allen muslimischen Gotteshäusern praktiziert werde, entspreche nicht ihren Überzeugungen. Imame betonten das Trennende zwischen Muslimen und Nichtmuslimen sowie zwischen Männern und Frauen, sie dagegen wolle die Liebe und das Verbindende in den Vordergrund stellen. Die Freitagspredigt wird in der „Ibn-Rushd-Goethe-Moschee“ von Frauen gehalten, niemand muss ein Kopftuch tragen und es existiert keine Geschlechtertrennung wie in anderen Moscheen.

Ein drittes Projekt ist die „Muslimische Gemeinschaft NRW“, die in diesem Jahr vom Münsteraner Professor Mouhanad Khorchide ins Leben gerufen wurde. Die Gemeinschaft wendet sich gegen jede Art der Menschenfeindlichkeit und explizit auch gegen „Deutschenfeindlichkeit“ und „Hass auf den Westen“. Khorchide steht in der Tradition einer islamischen Theologie, die den Koran historisch kontextualisiert und sich kritisch mit problematischen Versen auseinandersetzt. In einer 2012 erschienenen Monografie mit dem Titel „Islam ist Barmherzigkeit“ entfaltete er das Bild eines barmherzigen und liebenden Gottes, der den Menschen allein deshalb geschaffen habe, weil er seine Liebe teilen möchte und Mitliebende sucht.

Eine vierte Gruppe ist die „Initiative säkularer Islam“, die seit 2018 versucht Muslime zu akti-

vieren, die man als „Kulturmuslime“ bezeichnen könnte. Es handelt sich um Menschen, die mit muslimischen Traditionen aufgewachsen sind und diese in reduziertem Umfang praktizieren, sich aber von den Dogmen ihrer Religion gelöst haben.

Die genannten vier Gruppierungen und ihre Mitglieder stehen für viele andere, die sich nicht von den großen fundamentalistischen Dachverbänden vertreten fühlen und eigene Wege gehen möchten. Sie verstehen sich in erster Linie als Bürger und erst in zweiter Linie als Muslime. Identitäre Ausprägungen des Islam, die die Religion über das Recht stellen und eine Ausbreitung islamischer Normen in der Öffentlichkeit vorantreiben, sind ihnen genauso fremd wie die Kultivierung eines Opferstatus, der von den Verbandsmuslimen reklamiert wird. Sie sind bestens integriert, verteidigen die Werte dieses Landes und streiten überzeugend gegen jede Form des Extremismus. Obgleich ihre Organisationen numerisch klein sind, sind ihre Positionen keineswegs marginal. Möglicherweise werden sie sogar von der Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime in der einen oder anderen Weise geteilt.



Die Autorin: Prof. Dr. Susanne Schröter ist Direktorin am Forschungszentrum Globaler Islam an der Goethe-Universität Frankfurt.

| SCHWAMM *drüber* IST DAS GEGENTEIL EINER LÖSUNG



Der Autor: **Dr. Christian Klos** ist Ministerialdirigent im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und leitet den Stab Rückkehr. Dieser Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Mittlerweile setzt sich wieder die Erkenntnis durch, dass Deutschland – auch im europäischen Verbund – die Flüchtlingsproblematik nicht durch die Aufnahme aller Schutzsuchenden lösen kann.

Zudem sind einer gleichzeitigen Integration sehr vieler Menschen Grenzen gesetzt, weil die Infrastruktur bei Schulen und Wohnungen ungenügend ist, nur mittel- bis langfristig ausreichende Sprachkenntnisse erworben werden können und häufig eine sehr unterschiedliche Sozialisation einhergehend mit einem abweichenden Werteverständnis gegeben ist.

Vor dem Hintergrund des Zugangs von weit über einer Million Schutzsuchenden infolge der Flüchtlings- und Migrationskrise kann man niemandem ein Unbehagen verdenken. Dabei ist die Erwartung berechtigt, dass die Personen, deren Asylantrag nach Abschluss eines rechtsstaatlichen Verfahrens abgelehnt wurde, Deutschland wieder verlassen. Derzeit sind knapp 240.000 Personen ausreisepflichtig. Mittelfristig kommt ein Großteil von weiteren 280.000 Personen hinzu, die noch vor Gericht gegen ihre Ablehnung klagen.

Zwar kommen viele ihrer Ausreisepflicht freiwillig nach. Doch sind die Zahlen selbst bei

der geförderten freiwilligen Rückkehr in den letzten zwei Jahren stark rückläufig und von über 54.000 in 2016 über knapp 30.000 in 2017 auf nicht einmal mehr 16.000 im vergangenen Jahr gesunken. Dagegen sind die Zahlen bei den Abschiebungen seit drei Jahren relativ stabil bei rund 24.000 Personen jährlich. Das ist mit Blick auf die sich verändernde Zusammensetzung der Rückzuführenden zwar ein Erfolg, weil statt einfacher abzuschiebender Ausreisepflichtiger aus dem Westbalkan, deren Zahl stark abgenommen hat, nunmehr verstärkt auch Personen in Herkunftsländer zurückgeschickt werden können, bei denen das vor wenigen Jahren noch sehr schwierig war. So haben sich beispielsweise die Rückführungen in die Maghreb-Staaten innerhalb von drei Jahren verzehnfacht. Das ändert aber nichts an dem Befund, dass die Zahlen der Aufenthaltsbeendigungen noch deutlich hinter den Zugangszahlen hinterherhinken und im Jahr 2018 mit 31.000 gescheiterten Rückführungsversuchen ein Teil der Vollzugsanstrengungen ins Leere läuft.

Die Gründe für das Scheitern sind vielfältig. Zunächst ist es der Ausreisepflichtige selbst, der trotz Ablaufs der Ausreisefrist eben nicht ausgereist ist, sondern Möglichkeiten nutzt, um die Abschiebung zu verhindern, z. B. durch Identitätstauschung, Untertauchen, die Einlegung aussichtsloser Rechtsmittel, Folgeanträge, Behauptung einer Erkrankung oder Widerstand. Auch das Engagement in den Bundesländern, die für den Vollzug zuständig sind, ist sehr unterschiedlich. Trotz gestiegener

Bemühungen in den letzten Jahren fehlen zum Teil die Ressourcen bei Ausländerbehörden, Gerichten oder Polizeien und zuweilen auch noch (oder wieder) der politische Wille, das Recht tatsächlich durchzusetzen. Letztlich verhalten sich auch etliche Herkunftsländer bei der Rückübernahme eigener Staatsangehöriger wenig kooperativ.

Die ungeklärte Identität stellt das Haupthindernis für die Durchsetzung der Ausreisepflicht dar. Ist es aber nicht das Mindeste, was wir verlangen können, dass Menschen, die bei uns Schutz suchen und ein Asylverfahren bekommen, ihre Identität offenlegen? Während des Asylverfahrens kann man sich nur auf die Angaben des Antragstellers und Dokumente stützen, die vorgelegt werden, weil man es nicht zumuten kann, dass sich Betroffene an einen potenziellen Verfolgerstaat wenden sollen. Das sieht nach rechtskräftiger Ablehnung jedoch regelmäßig anders aus. Wie Deutsche, die im Ausland ihren Reisepass verloren haben, sind Ausländer in Deutschland verpflichtet, die Auslandsvertretung ihres Staates um Ausstellung eines Passes oder Ersatzpapiers zu bitten. Dieser Passbeschaffungspflicht muss mehr Nachdruck verliehen werden. Denn eine Identität ist nur wirklich geklärt, wenn der betreffende Herkunftsstaat diese auch bestätigt. Die Vorlage irgendwelcher Personaldokumente, die gefälscht oder anderweitig beschafft worden sein können, reicht hierfür nicht aus. Deswegen ist im Entwurf des BMI für ein „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ vorgesehen, dass Vergünstigungen seitens des deutschen

Staates wie eine Arbeitserlaubnis oder eine Möglichkeit zur Aufenthaltsverfestigung nur erhalten bleiben, wenn sich Personen eindeutig identifizieren können.

Der Entwurf für das Geordnete-Rückkehr-Gesetz schlägt eine Reihe weiterer Maßnahmen vor, beispielsweise, um das Untertauchen zu verhindern. So muss es möglich sein, Personen, deren Ausreisefrist abgelaufen ist, ohne größere Voraussetzungen für wenige Tage vor einer Rückführung in Gewahrsam zu nehmen. Ergänzend müssen die Bundesländer ausreichend Haftplätze zur Verfügung stellen. Mit 480 Plätzen hat Deutschland derzeit nur halb so viele Haftplätze wie Schweden.

Naiv wäre, zu erwarten, dass abgelehnte Asylbewerber, die ihre Lebensplanung auf Deutschland ausgerichtet haben, freiwillig das Land verlassen, wenn ihnen Sozialleistungen gewährt werden, die weit über den möglichen Einkünften im Herkunftsland oder den Sozialleistungen eines anderen für die Aufnahme zuständigen EU-Mitgliedsstaats liegen. Überdies, wenn die berechtigte Aussicht auf Fortdauer einer Erwerbstätigkeit und Legalisierung des Status besteht, warum sollte man an Programmen zur freiwilligen Rückkehr teilnehmen? Warum einen Plan B entwickeln, wenn die Politik die Verwirklichung eines Plans A verheißt?

Bleiberechts- und Spurwechseldiskussionen senden auch ein fatales Signal nach außen. Wenn sich der Eindruck weiter verfestigt, dass man bleiben kann, wenn man es einmal nach

Deutschland geschafft hat, zieht man neue illegale Zuwanderer aus der ganzen Welt an. Deswegen muss man am Grundsatz festhalten, dass nur eine legale Zuwanderung durch eine Antragstellung aus dem Ausland Erfolg verspricht.

Eine großzügige Regelung ermöglicht es Asylbewerbern, bereits nach drei Monaten legal zu arbeiten, weil man die Personen möglichst früh von Sozialleistungen unabhängig machen wollte. Wenn nach einiger Zeit Asylanträge abgelehnt werden, deren Aussichtslosigkeit häufig von Anfang an feststand, kommt man in das bekannte Dilemma. Betroffene haben eine Erwerbstätigkeit oder Ausbildung begonnen. Dann kann Frustration und Unverständnis bei Arbeitgebern und Kollegen aufkommen. Die Abschiebung eines vermeintlich „Falschen“ droht.

Aber sollte ein Arbeitsplatz automatisch immer zu einem Bleiberecht führen? Arbeitgeber wollen aus nachvollziehbaren Gründen ihre Investition sichern. Mit einer Legalisierung gerät man in den Zielkonflikt, dass es für potenzielle Migranten zweckmäßiger ist, illegal nach Deutschland zu kommen, anstatt ein Einwanderungsverfahren zu betreiben. Deswegen ist es mit Blick auf die Integration, Investitionssicherheit und glaubwürdige Migrationspolitik sinnvoller, dass man sich auf die Hunderttausende Menschen mit Schutzstatus, also anerkannte Asylbewerber konzentriert und diese vorrangig in Lohn und Arbeit bringt.

Natürlich muss man sich Realitäten stellen und für Menschen, die sehr lange Zeit nicht

rückgeführt werden können, eine Perspektive entwickeln. Dafür hat die Große Koalition 2015 mit der Einführung einer stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung eigentlich eine dauerhafte Lösung geschaffen. Nach achtjähriger Duldung, bzw. bei Familien reichen sechs Jahre, soll eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn der Lebensunterhalt überwiegend gesichert wird. Zudem gibt es eine Aufenthaltsverfestigung für gut integrierte Jugendliche oder qualifizierte Geduldete. Wer jetzt jedoch darüber hinaus Bleiberechte, Stichtagsregelungen und Spurwechsel fordert, nimmt den nötigen Druck zur Durchsetzung der Ausreisepflicht.

Deutschland braucht auch zukünftig Einwanderung. Das sollte aber eine gesteuerte Einwanderung sein, die sich am Bedarf unseres Arbeitsmarkts ausrichtet. Gerade die Union hat maßgeblich Anteil daran, dass das Aufenthaltsrecht in den letzten Jahren mehr qualifizierte Arbeitsmigration erlaubt. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz wird dieser Weg konsequent weiterbeschritten.

Nur mit einer humanitären Aufnahme von tatsächlich Schutzberechtigten, einer hiervon getrennten, an nationalen Interessen ausgerichteten Arbeitsmigration und einer konsequenten Rückführung von Ausreisepflichtigen können wir die Glaubwürdigkeit der Flüchtlings- und Migrationspolitik wiederherstellen. Man kann die Auswirkungen der Krise nicht wegdefinieren, sondern muss die innere Ordnung ernst nehmen. Sonst schafft man die Keimzelle für eine neue Krise. ■

AUS DER GESCHICHTE *lernen*

Die heutige schwierige Lage in der Pflege ist weder die erste, noch kam diese unvermittelt. Pflegenotstände gab es bereits in den 1960er und 1980er Jahren. Aber warum ist das so? Ein Blick zurück in die Vergangenheit zeigt, dass letztendlich nie konsequent und nachhaltig nach Lösungen gesucht wurde. Man kann schon von den echten drei „Klassikern des Pflegenotstandes“ sprechen.



Der erste Klassiker: schlechte Bezahlung

Anfang des 19. Jahrhunderts galt die Bezahlung von pflegerischen Leistungen als anrüchig, da dies als „Entweihung“ der Tätigkeit angesehen wurde. Es werden heute „ohne zu zucken“ 120 Euro für eine sechzigminütige Massage in einem Wellnesshotel gezahlt – und für eine sechzigminütige Ganzkörperpflege inkl. Mundpflege, Rasieren, Hautpflege und Haarpflege werden im ambulanten Dienst ca. 43 Euro verrechnet. Dass dies wenig Raum für eine wohlthuende oder sogar pflegetherapeutische Waschung lässt, ist nachvollziehbar.

Der Verdienst der Pflegenden liegt unter dem durchschnittlichen Stundenverdienst von Deutschland, und es gibt keine flächendeckende Tarife. Die Bezahlung der Pflegeleistungen und die der Leistungserbringer sind – salopp ausgedrückt – dem Liebesdienst noch nicht weit entrückt.

Es gibt jedoch hier eine neue, noch nie da gewesene Dimension: die Begehrlichkeiten von Finanzinvestoren. So berichtet z.B. der Informationsdienst Wissenschaft (idw): „Mehr als ein Drittel aller Übernahmen betrifft Pfl-

geheime bzw. Pflegedienste [...]“ (S.33) und „überwiegend [...]“ werden „die Übernahmen von kapitalkräftigen, fondsbasierten Private Equity-Gesellschaften [...] getätigt“ (S.34). Hier entsteht ein neues Feld und deshalb muss mehr denn je die Diskussion geführt werden: Was ist uns als Gesellschaft die Pflege wert und wer soll an der Pflege „verdienen“?

Die Pflegenden sind in den Krankenhäusern und in den Pflegeheimen die größte Berufsgruppe. Infolgedessen sind die Personalkosten entsprechend hoch. Gerne wird vergessen, dass diese Berufsgruppe an 24 Stunden über 365 Tage im Jahr ihren Dienst leistet. Zu selten wird ihre wertschöpfende Arbeit gesehen, sondern meist nur auf den Kostenfaktor reduziert.

Der zweite Klassiker: Personalbemessung

Schon 1861 veröffentlichte das Augsburger Anzeigenblatt einen Artikel über Personalmangel in der Pflege. Im Zuge des Pflegenotstandes Ende der 1980er Jahre wurde die Pflegepersonal-Regelung (PPR) für die stationäre Krankenpflege im Krankenhaus implementiert. Nachdem mehr Stellen als vereinbart nachgewiesen wurden, wurde sie außer Kraft gesetzt.

Und wo stehen wir heute?

Eine Studie untersuchte 2012 in zwölf europäischen Ländern das Betreuungsverhältnis Pflegenden zu Patienten in Krankenhäusern. In Europa hatte Norwegen die höchste Betreuungsrate mit 5,4 Patienten. In acht Ländern, unter anderem Polen, bewegte sich die Betreuungsrate zwischen 5,3 und 8,6. In Griechenland lag die Rate bei 10,2. Deutschland ist das Schlusslicht mit einer Betreuungsrate von 13 Patienten zu einem Pflegenden. Diese hohe Betreuungsgrundlage ist eine Grundlage für den nächsten Klassiker.

Der dritte Klassiker: schwierige Arbeitsbedingungen

Tatsache ist: Wir brauchen Personen für die Pflege – aber wirklich um jeden Preis? Nicht, wenn dieser Preis von den Arbeitskräften und den pflegebedürftigen Menschen bezahlt werden soll.

Im Fokus der Diskussion steht die quantitative Steigerung. Ja, der Rückschluss, dass eine Erhöhung des Pflegepersonals einen positiven Effekt auf die pflegerische Versorgung hat, ist zulässig – aber nur, wenn gleichzeitig die Qualität des Pflegepersonals und damit deren Ausbildungsgüte berücksichtigt werden. Diese Diskussion wird bislang jedoch kaum geführt. Vielmehr wurde nach einer bekannten Firmenpleite im Einzelhandel die Empfehlung ausgesprochen, diese Personen für die Pflege zu gewinnen. Jüngere Diskussionen gehen ebenfalls in diese Richtung. Flüchtlinge sollen für die Pflege ausgebildet werden, um den pflegerischen Notstand zu reduzieren. Grundsätzlich gilt zu fragen, ob dies eine würdige Diskussion für die angedachten Personengruppen, den Pflegebedürftigen und das professionelle Pflegefachpersonal ist.

Wer sich für den Pflegeberuf entscheidet, braucht als Grundvoraussetzung Empathie, Freude am Beruf, verbunden mit einer qualitativ guten Ausbildung und dem Willen, sich fortzubilden. Eine Notlage ist keine Entscheidungsgrundlage für den Pflegeberuf.

Die Akquisition von ausländischem Pflegefachpersonal folgt ebenfalls keiner nachhaltigen Strategie. Deutschland ist nicht das einzige Land auf der Suche nach Pflegefachpersonal. Die WHO schätzt, dass bis 2030 weltweit weitere neun Millionen Pflegefachpersonen und Hebammen benötigt werden. Wenig Beachtung hingegen finden die „Aus-

wanderung“ und „Abwanderung“. So stammten 2014 ca. 35 % der Pflegenden in der Schweiz aus Deutschland. Die Abwanderung von Pflegenden erfolgt durch die Aufgabe des Berufes oder einen Branchenwechsel. Verlässliche Zahlen gibt es hierzu nicht.

Der vergessene „Klassiker“

Ein Blick zurück zeigt: Pflege hatte früher einen anderen Wert. In der Zeitschrift Krankenpflege von 1886 gab es mehrere Abhandlungen über „die vornehme Kunst, Kranke zu pflegen“. Heute hingegen scheint die Maxime zu lauten: „Pflegen kann jeder.“ Wenn dies so wäre, gäbe es keine Pflegekandale. Pflegekandale entstehen nicht nur durch Personalmangel, sondern auch und besonders durch unmotiviertes sowie schlecht oder nicht ausreichend gebildetes Personal. Florence Nightingale († 1910) hat dies wunderbar formuliert: „Krankenpflege ist keine Ferienarbeit. Sie ist eine Kunst und fordert – wenn sie zur Kunst werden soll – eine ebenso große Hingabe, eine ebenso ernste Vorbereitung wie das Werk eines Malers oder Bildhauers, denn was bedeutet die Arbeit an einer toten Leinwand oder kaltem Marmor im Vergleich zu der am lebendigen Körper, dem Tempel für den Geist Gottes?“

Sie fasst das Wesen der Krankenpflege treffend zusammen. Für die Pflege gilt das Gleiche wie für das Malen: Ein Bild malen kann jeder – aber nur wenigen ist es vorbehalten, ein schönes Bild oder gar ein Kunstwerk zu schaffen. An Kunstwerken wird das Malen gemessen und es setzt die Maßstäbe. Um ein Kunstwerk zu schaffen, benötigt der Maler solides Handwerk. Kunst ohne Handwerk gibt es nicht. Selbst der talentierteste Maler muss die Grundprinzipien kennen und beherrschen, dass Gleiche gilt für die Pflege.

Der notwendige „Klassiker“

Bildung im Pflegeberuf – speziell in Deutschland – wird nur zu einem gewissen Grad erwartet. So erstaunt es nur den Unkundigen, dass auf einer Personalvermittlungsplattform für die Akquise in die Schweiz zu lesen ist: „Achtung: Keine Altenpfleger. Die Ausbildung, auch die examinierte, ist unzureichend, weshalb examinierte Altenpfleger mit deutscher Ausbildung leider nicht in Frage kommen.“ Ein Studium der Pflege wird in Deutschland gar als Luxus und neomodische Erscheinung



betrachtet. Ungeachtet dessen, dass die internationale akademische Pflege eine über 111-jährige Tradition hat.

Ist das Studium der Pflege wirklich Luxus? Innovationen, neue pflegerische Konzepte, Lösungen und Persönlichkeiten fallen nicht vom Himmel – auch nicht in der Pflege. Die Profession Pflege hat einen eigenen Wissenskörper. Dieser ist weitgehend unerforscht. Erst Anfang 2000 wurde sich erstmalig mit dem Thema Bettlägerigkeit pflegewissenschaftlich auseinandergesetzt. Ein Resultat der Studie war, Bettlägerigkeit könnte weitgehend vermieden werden. Betroffene entschließen sich, im Bett liegen zu bleiben, wenn z.B. der Transfer von Bett zu Stuhl zu schlecht ist. Die Interviewten äußerten hierzu: „Das ist so ein Gezerre“ (S. 214). Dies legt die Vermutung nahe, dass durch einen unsachgemäßen Transfer eine Bettlägerigkeit provoziert wird. Die Studie zeigt weiter, dass die Kompetenz und die Einstellung der Pflegenden wesentlicher Faktoren sind, der Entwicklung von Bettlägerigkeit entgegenzuwirken.

Eine andere Studie kam zu dem Ergebnis, dass die Sterblichkeitsrate in Krankenhäusern mit mehrheitlich akademisiertem Pflegepersonal geringer ist gegenüber Krankenhäusern, in denen mehrheitlich die Pflegenden über keinen akademischen Abschluss verfügten. Hochqualifizierte Bildung zahlt sich auch in der Pflege aus.

Der noch zu entdeckende „Klassiker“: Potenzialschöpfung

Ein Grund, warum der Beruf seine Potenziale bislang nicht ausschöpfen kann, ist die begrenzte Handlungsautonomie in Deutschland. Damit ist nicht gemeint, dass Pflegenden ärztliche Tätigkeiten übernehmen sollen. Vielmehr soll

eine größere Autonomie Pflegefachpersonen in die Lage versetzen, die Leistung der Pflege eigenständig zu ermöglichen. Wird beispielsweise ein Spezialbett zur Dekubitusprophylaxe benötigt, das aus Sicht der Pflegefachkunde notwendig erscheint, muss dies in Deutschland von einem Arzt angeordnet werden.

Ein beschriebener Handlungs- und Entscheidungsspielraum gibt Orientierung, verhindert Versorgungslücken und führt letztendlich zur Reduzierung von Stress bei den Pflegefachkundigen. Es ist eine Ressourcenverschwendung, die fachliche Expertise der Pflegekundigen nicht zu nutzen.

Zukünftig gilt es, die „alten“ Klassiker zu eliminieren und durch die neuen „Klassiker“ zu ersetzen, denn: „Man löst keine Probleme, indem man sie auf Eis legt“ (Winston Churchill).



Die Autorin: Christine Fiedler, (BScN, MScN) ist Professorin für Pflegewissenschaft an der Wilhelm Löhe Hochschule Fürth.

FINANZIELLE EIGENANTEILE *begrenzen*

In der letzten Legislaturperiode haben wir mit den drei Pflegestärkungsgesetzen die Leistungen vor allem in der ambulanten Pflege deutlich ausgeweitet und flexibilisiert.

In der aktuellen Legislaturperiode stehen nun die hauptamtlichen Pflegekräfte im Blick. Um den Beruf attraktiver zu gestalten, gehört neben besseren Arbeitsbedingungen wie einer Verbesserung der Personalstruktur auch eine bessere Bezahlung. Mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz, das das Sofortprogramm Pflege umgesetzt hat, haben wir zu Lasten der Krankenkassen insgesamt 13.000 zusätzliche Pflegestellen für die medizinische Behandlungspflege in Altenheimen geschaffen und zur Entlastung der Pflegekräfte gibt es einen Zuschuss zur Digitalisierung in der Altenpflege aus der Pflegeversicherung.

Gleichzeitig aber führen Maßnahmen, die die Bezahlung und Personalstruktur in der Altenpflege verbessern, zu höheren Eigenanteilen, da aufgrund des festgesetzten Anteils der Pflegeversicherung die anfallenden Kosten aktuell ausschließlich von den Pflegebedürftigen bzw. ihren Familien aufgebracht werden. Deshalb ist es meiner Meinung nach unerlässlich, dass wir die Eigenanteile in der stationären Pflege auf einen zumutbaren Betrag begrenzen. Dies gilt aber dezidiert für die pflegerischen Kosten und nicht für die anfallenden Wohnkosten. Die dadurch steigenden Kosten in der Sozialen Pflegeversicherung sollten durch einen Steuerzuschuss ausgeglichen werden, unter anderem deshalb, weil auch Sozialhilfe eingespart wird. Darüber hinaus sollten wir aber auch die Sektorengrenzen abbauen, damit sich Familien bei hauswirtschaftlichen Tätigkeiten nicht nur im ambulanten, sondern auch im stationären Bereich, zur Kostenbegrenzung einbringen können.

Es gibt aktuell interessante Modellprojekte, die das Angebot in der Altenpflege als dritter Weg neben ambulanter und stationärer Pflege erweitern könnten. So gibt es beispielsweise in Baden-Württemberg eine Einrichtung, die ordnungsrechtlich ein Heim ist, das auch allen

entsprechenden Anforderungen und Kontrollen der stationären Pflege unterliegt. Leistungsrechtlich entspricht es Betreutem Wohnen. Dabei zahlt die Krankenversicherung pauschal einen festen Anteil von 200 Euro im Monat für die Behandlungspflege. Hier entsteht eine mögliche Einsparung der Krankenversicherung gegenüber der ambulanten Pflege. Gleichzeitig entstehenden Einsparungen auf den pflegerischen Eigenanteil der Pflegebedürftigen.

Im Gegensatz zur vollstationären Pflege gibt es keinen festgelegten hauswirtschaftlichen Leistungsumfang, sondern es werden über die Grundversorgung hinaus nur die Leistungen erbracht und dementsprechend berechnet, die auch benötigt werden. Die hauswirtschaftlichen „Wahlleistungen“, die nicht vom Träger erbracht werden, weil sie von dem Pflegebedürftigen noch selbst durchgeführt werden können oder von seinen Angehörigen freiwillig übernommen werden, können je nach gewünschtem Umfang zu Einsparungen von bis zu 600 Euro führen. Dazu gehören beispielsweise Wäsche waschen, Zimmerreinigung oder Betreuung. Als Gegenleistung für die Übernahme von hauswirtschaftlichen Leistungen können Angehörige im kleinen Umfang auch Pflegegeld erhalten. Dieses Konzept hilft Pflegebedürftigen und ihren Familien, die Kosten in einem Heim erträglich zu halten. Als positiven Nebeneffekt konnte in dem Modellprojekt auch festgestellt werden, dass Heimbewohner, die kleinere Leistungen noch selbst übernehmen, auch länger fit bleiben.

Ich empfinde eine Kommission als sinnvoll, die beim Bundesministerium für Gesundheit angesiedelt ist, um hier konkrete Vorschläge auszuarbeiten. Dazu gehört meines Erachtens auch ein Konzept, wie wir die Eigenvorsorge der Menschen stärken können, um so die durch Pflegebedürftigkeit anfallenden Kosten für die Einzelnen abzumildern. Gleichzeitig müssen wir

auch Fehlentwicklungen im System entgegen-treten. Die oben angesprochenen erweiterten Leistungen im ambulanten Bereich haben teilweise dazu geführt, dass Betreiber von Einrichtungen von Betreutem Wohnen für ihre Bewohner quasistationäre Strukturen schaffen, indem sie von den eigenen ambulanten Pflegediensten der selben Person unter einem Dach Leistungen der ambulanten Versorgung in Verbindung mit Tagespflegeleistungen zukommen lassen und dabei den maximalen Leistungsumfang mit der Pflegeversicherung abrechnen.

Hier wird die Intention des Gesetzgebers unterlaufen und es entstehen der Pflegeversicherung hohe Kosten. Wir müssen an dieser Stelle schnell handeln, bevor sich die entstehenden Strukturen weiter verfestigen. Ein erster Schritt könnte sein, dass für Menschen in einer verbundenen Einrichtung des Betreuten Wohnens in Verbindung mit Leistungen für Tagespflege diese eingeschränkt oder sogar gestrichen werden. Schließlich gibt es keinen Grund, weshalb ein Pflegebedürftiger gleichzeitig die Leistungen des Betreuten Wohnens und der Tagespflege in ein und derselben Einrichtung in Anspruch nehmen müsste. Für die Patienten gibt es kaum Mehrwert und die Soziale Pflegeversicherung wird nachhaltig belastet. Diese Praxis muss künftig unterbunden werden.



Der Autor: **Erwin Rüdell, CDU-MdB, ist Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit im Deutschen Bundestag.**

Reisetermin:

19.10. bis 26.10.2019

Inklusivleistungen:

- Flüge Deutschland³ / Olbia / Deutschland³ mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy-Class
- Flughafengebühren und Kerosinzuschläge
- Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
- 7 Übernachtungen im Club Hotel Baja Sardinia**** (Landeskategorie) im Doppelzimmer
- Halbpension (Frühstück und serviertes Abendessen)
- Ausflüge und Besichtigungen gemäß Programm mit modernem, klimatisierten Bus
- Eintrittsgelder zum Programm
- Mittagessen bei den Hirten mit sardischer Spezialitäten
- Fährüberfahrt La Maddalena und zurück
- Deutschsprachige Reiseleitung vor Ort
- Umfangreiche Informationen zur Reise

→ Flüge möglich ab/bis Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, München und Stuttgart (teilw. mit Umstieg). Weitere Flughäfen auf Anfrage.

Reisepreise:

1.095,-
EUR pro Person im Doppelzimmer*
Einzelzimmer-Zuschlag: EUR 280,-
Zimmer mit garantiertem Meerblick pro Person: EUR 161,-
(* = bei Zweierbelegung)

Flugzuschläge:

- Grundpreis inkl. Flüge ab/bis: Frankfurt und Hamburg
- Flugzuschläge für Flüge ab/bis: Berlin, Düsseldorf und München p.P.: EUR 60,-
Stuttgart p.P.: EUR 100,-

Barrierefreiheit kann nicht gewährleistet werden. Ob die Reise trotzdem Ihren individuellen Bedürfnissen entspricht, erfragen Sie bitte vor Buchung.

SARDINIEN

Neuaufgabe wegen großem Erfolg!



Warum man dieses schöne Fleckchen Erde oft auch als „Karibik im Herzen des Mittelmeeres“ bezeichnet, wird einem schnell klar: Sie können sich auf smaragdgrünes Wasser, das die weißen Sandstrände umspült, und kleine, idyllische Buchten freuen! Im Landesinneren ist Sardinien vorwiegend bergig und begeistert durch die weit ausgedehnte Naturlandschaft.

Bei geführten Ausflügen lernen Sie Land und Leute sowie bedeutende kulturelle Stätten der zweitgrößten Mittelmeerinsel kennen. Wer möchte, kann an einer zusätzlichen Exkursion zur Insel Korsika teilnehmen.

Und Sie werden auch ausreichend Gelegenheit haben, das milde, mediterrane Klima und das angenehme Ambiente des 4-Sterne-Hotels zu genießen. Kurz: Freuen Sie sich auf eine schöne Auszeit vom Alltag, die Ihnen eine gute Mischung aus Kultur, Erlebnis und Erholung bietet. Fliegen Sie mit!



Club Hotel Baja Sardinia**:**

Lage: Das Club Hotel Baja Sardinia liegt in traumhafter Lage mit Blick über die Bucht von Baja Sardinia. Der Flughafen Olbia ist nur circa 35 Kilometer entfernt. Cafés und Restaurants befinden sich in unmittelbarer Nähe.

Ausstattung: Das Hotel verfügt über einen Empfangsbereich mit 24-Stunden-Rezeption. Im Haupthaus befinden sich das Restaurant, eine Bar und Terrasse. Nach einem kurzen Spaziergang erreichen Sie den hoteleigenen Felsstrand.

Zimmer: Alle gemütlich eingerichteten Zimmer verfügen über Bad/Dusche, WC, Haartrockner, Klimaanlage, Satelliten-Farbfernseher, Direktwahl-Telefon, Wi-Fi-Verbindung, Minibar sowie Balkon oder Terrasse. Meerblickzimmer sind gegen Aufpreis buchbar.



Nicht im Preis enthalten:

- Zusätzliche Mahlzeiten, Getränke und persönliche Ausgaben
- Trinkgelder
- Zusätzliche Reiseversicherungen
- Eventuell anfallende City-Tax (zahlbar vor Ort im Hotel)

INFORMATIONEN ANFORDERN

Reiseziel: SARDINIEN

Coupon ausfüllen und direkt an Terramundi GmbH, Im Wauert 14, 46286 Dorsten senden.

Schneller geht's per Fax 023 69 / 9 19 62-33.

Besuchen Sie unsere Website: www.terramundi.de

Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur Sardinien-Reise

per Briefpost per E-Mail

Name, Vorname Telefon

Straße, Hausnummer E-Mail

PLZ, Ort

JA, ich bin damit einverstanden, dass meine Angaben aus diesem Formular zur Beantwortung meiner Anfrage erhoben und verarbeitet werden. Hinweis: Sie können Ihre Einwilligung jederzeit per E-Mail an info@terramundi.de widerrufen.

VORSTAND DER SENIOREN-UNION TAGT IN STRASSBURG



Im historischen Festsaal des Rathauses der Europastadt Strasbourg kam am 4. April der Bundesvorstand der Senioren-Union zu einer Vorstandssitzung zusammen. In dem Raum, in dem im August 1949 der erste Ministerrat des Europarates tagte, beschloss die Senioren-Union eine gemeinsame Resolution der Vereinigungen von CDU und CSU.

Zuvor war der Vorstand von der Repräsentantin der Stadt, der beigeordneten Bürgermeisterin von Straßburg, Madame Nawal Refik-Elmrini, zuständig für europäische und internationale Beziehungen, herzlich im Rathaus willkommen geheißen worden.

In seiner Erwidrung betonte der Bundesvorsitzende, Prof. Dr. Otto Wulff, dass es eine „Erfolgsgeschichte“ sei, dass die EU bisher 70 Jahre Frieden gesichert habe. Auch hätten

offene Grenzen und freier Handel Millionen Arbeitsplätze geschaffen. „Wir müssen das im Europa-Wahlkampf deutlich machen, damit Wähler verstehen, dass ihnen das gemeinsame Europa auch ganz persönlich nützt“, betonte Wulff. „Es lohnt sich, für Europa zu kämpfen.“ Mit einem eindringlichen Wahlaufruf hat die Senioren-Union der CDU an die Bürger appelliert, sich an der Europawahl am 26. Mai zu beteiligen. „Wir dürfen Europa nicht den Populisten von links und rechts sowie den Nationalisten überlassen“, warb Prof. Dr. Otto Wulff, „Europa steht am Scheideweg. Jetzt gilt es, in einem grenzenlosen Europa klare Grenzen gegenüber denen zu ziehen, die unsere freiheitliche Lebensweise zerstören wollen“, sagte Wulff. Entschieden sprach sich Wulff z.B. gegen weitere Aufnahmeverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei unter Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan aus, der die freiheitlichen Werte in Europa missachte. Wulff kritisierte, dass viele Bürger die grenzenlose Mobilität von Menschen und Waren inzwischen für selbstverständlich hielten, obwohl dafür täglich gekämpft werden müsse. „Wir müssen entschlossener für unsere freiheitlichen Werte und offene Grenzen eintreten und politischen Rattenfängern von rechts wie links mit deren einfachen Lösungen Paroli bieten.“ Der Senioren-Unions-Vorsitzende bedauerte, dass viele Bürger die Bedeutung der Europa-Wahl noch nicht erkannt hätten. „Wenn wir jetzt nicht aufwachen, geht es uns am Ende wie den Briten, die aus Unkenntnis über die Vorzüge der EU den Brexit beschlossen haben und erst langsam realisieren, dass sie sich damit selbst massiv schaden.“

Die Resolution im Wortlaut unter www.senioren-union.de



Neuer Mitgliedsantrag verfügbar

Der neue Mitgliedsantrag der Senioren-Union ist jetzt im CDU-Shop als Printversion (10/0419 Bestellnummer 6293) und auf unserer Homepage als PDF für Sie abrufbar.

Unter www.senioren-union.de/index.php/senioren-union/downloads.html können Sie das PDF direkt herunterladen.

Den CDU-Shop erreichen Sie wie folgt: www.shop.cdu.de

E-Mail: cdu-shop@portica.de
Tel: 02152 915 272 (Erreichbarkeit: Mo-Do: 08:15-16:45 und Fr: 08:15-15:45)
Fax: 02152 915 25 272

Bitte beachten Sie, dass mit der Veröffentlichung des neuen, DS-GVO-konformen Mitgliedsantrags die alte Version nicht mehr genutzt werden darf.



Errata – die Notfalldose

In der Ausgabe 1-2019 hat uns auf Seite 34 die Technik einen bedauerlichen Streich gespielt. Im Bericht über die Notfalldose im Wahlkampf- und Werbeinsatz fiel ein Teil der letzten beiden Sätze unter den Tisch. Dort muss es vollständig heißen: Es empfiehlt sich eine Bündelung (der Bestellungen) über die Landesgeschäftsführer der Senioren-Union, die dann entsprechende Stückzahlen anfordern könnten. Ansprechpartner für solche Bestellaktionen sind ebenso die Orts- und Kreisvorsitzenden.



ESU IN BOZEN: EUROPA STÄRKEN!



Bozen: Zufällige Begegnung auf dem Weg zur Tagungsstätte. Die gastgebende Dr. Christine von Stefanelli, Vizepräsidentin der ESU aus Südtirol, stellt den Ehrenvorsitzenden der Senioren-Union Dr. Bernhard Worms und Regional-Bischof Dr. Muser einander vor. Beide leisteten hernach vielbeachtete Redebeiträge. Auf dem Bild 2.v.l. der stellvertretende Bundesvorsitzende der Senioren-Union Claus Bernhold, neben ihm Peter Grab, Mitglied des Bundesvorstandes

Die erste internationale Konferenz der ESU in Südtirol Ende März glich einem Bekenntnis zu Europa als Wertegemeinschaft mit den besten Voraussetzungen für Freiheit, Frieden und Demokratie (so Bischof Dr. Muser), zu der es „keine vernünftige Alternative gibt“ (so Dr. Bernhard Worms). Die Delegierten aus neun Ländern – Repräsentanten von elf Mitgliedsorganisationen – hatten Gelegenheit, zwei Kandidaten für das Europäische Parlament kennenzulernen. Während Dr. Herbert Dorfmann aus Südtirol bereits über Erfahrungen mit einem Mandat hat, bewirbt sich Ondrej Tunega aus der Slowakei zum ersten Mal. Er versteht sich als ein Anwalt der älteren Generation, die es in seinem Land schwer hat. Mit EUROPA konnten 2014 viele Ältere nichts anfangen, weshalb sie den Wahllokale fernblieben, sagte der Kandidat. Tunega sieht es daher bei seinen Reisen quer durchs Land als wichtigsten Auftrag, seine Landsleute an die Wahlurnen zu bringen. Die Wahl einer liberalen Staatspräsidentin vor wenigen Wochen macht ihm Mut. Er sieht die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Ordnung auf einem guten Weg und die ESU an seiner Seite.



ESU-Präsidentin Prof. Dr. An Hermans führte in Bozen Gespräche mit den Parlamentskandidaten Dr. Herbert Dorfmann (l.) und Ondrej Tunega.

Im Herbst wird die ESU in der Hauptstadt Bratislava mit einer Regionalkonferenz zu Gast sein. Der langjährige Vorsitzende des slowakischen Seniorenverbandes, Dr. Jozef Miklosko, beging kürzlich seinen 80. Geburtstag. Er war mehrere Jahre Botschafter im Vatikan und gehörte eine Legislatur dem nationalen Parlament an. ESU-Konferenzen bereichert er häufig mit interessanten Denkanstößen.

DER MENSCHENFREUNDLICHE UNTERNEHMER

Auf der ESU-Konferenz in der Südtiroler Provinzhauptstadt Bozen hatten neben Politikern auch Persönlichkeiten aus dem sozialen Bereich ein Forum. Was Vereine und gesellschaftliche Initiativen im Dienst für Ältere, Einsame, Kranke und Benachteiligte – speziell in abgeschiedenen Alpendörfern – zuwege bringen, verdient Respekt und Anerkennung. Das Gleiche gilt für die Motivation eines Unternehmers guten Willens für den Umgang mit seiner Belegschaft. Die Rede ist von Heinrich Oberrauch, dem Geschäftsführer der Sportartikel-Firma SALEWA aus Bozen. Sie ist vor Ort mit 160 Mitarbeitern einer der größten Arbeitgeber und gut im Geschäft – auch beim Export ihrer Erzeugnisse. Weltweit hat SALEWA (steht für „Sattler/LEDER/WAREN“) an die 1200 Beschäftigte. Was zeichnet diese 1935 gegründete Bozener Firma vor anderen aus?

Zwischen Firmenleitung und Personal besteht ein Vertrauensverhältnis. Das Betriebsklima ist gut.



Heinrich Oberrauch

Es stärkt das Wohlbefinden der Beschäftigten, ihre Produktivität und Betriebsbindung. Der Chef persönlich nimmt sich der Sorgen seiner Mitarbeiter an. So wird jungen Müttern statt sechs Monate 12 Monate lang das Müttergeld gezahlt. Wer zur Firma mit dem Rad kommt statt mit dem Auto, erhält einen Bonus. Und auch das gehört zur Firmenphilosophie: 20 Flüchtlingsfamilien haben hier eine dauerhafte

Bleibe und Beschäftigung gefunden. Als Redner auf der ESU-Konferenz machte der Firmenchef deutlich, was ihn umtreibt: Es ist die Frage: „Was mache ich mit meinem Leben?“, und aktuell: „Was hast DU getan, wenn Tausende Flüchtlinge im Mittelmeer ersaufen?“ Seine Antwort lautet: Mitmenschlichkeit praktizieren, nachhaltig produzieren, global denken, die Schöpfung bewahren!

SALEWA WORLD war anfangs auf technische Alpenbekleidung spezialisiert, hat 1955 den einzigartigen Anden-Rucksack entwickelt, 1985 mit Reinhold Messner und Kurt Albrecht auf Expeditionen neue Ideen getestet und konzentriert sich jetzt auf „funktionale und technische Bergsportausrüstung“. Die nahen Dolomiten sind für SALEWA „Erbe, Inspiration und Vision“.

Verantw. für diese Seite: Ulrich Winz

Elbe

Schöner, ruhiger, günstiger wohnen

Seniorenwohnungen „Bellevue“
Im Kurgebiet Hitzacker (Elbe)
Von Privat zu vermieten
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.
V: 82,6 kWh, E., Bj 1991
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.

Betreuung möglich, gegenüber im
Alten- u. Pflegeheim „Bellevue“
Gratisprospekte: Tel. 05862- 97550
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohlmann-Straße

/ EU-HILFE ZUM *Wiederaufbau*

Wird der Westen nach dem Krieg auch noch den Frieden in Syrien verlieren? Den Frieden gewinnen, obwohl man den Krieg verloren hat (vgl. auch Souverän 1-2019, S. 26 ff) – geht das überhaupt? Ja, das klingt paradox, aber es ist eine offene Frage, die noch nicht entschieden ist. Denn noch bestehen Chancen, Syrien auf einen Weg zu Aussöhnung, mehr Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu bringen.

Europa hat dafür einen mächtigen Hebel: den Wiederaufbau des kriegszerstörten Syriens. Mindestens 400 Milliarden US-Dollar werden dafür gebraucht. Weder Russland noch Iran als „Siegmächte“ wollen oder können diese große Summe aufbringen. Putin geht davon aus, dass dieses Geld vom Westen kommen soll und von arabischen Staaten. Soweit es um Letztere geht, dürften aber weder die Vereinigten Arabischen Emirate noch Katar oder Saudi-Arabien bereit sein, einem Alliierten des Iran wieder zu Kräften zu verhelfen. Und der unter iranischem Einfluss stehende Irak hat im eigenen Land genug zu tun.

Für europäische Länder, allen voran Deutschland, mag die Versuchung groß sein, möglichst schnell mit dem Wiederaufbau zu beginnen in der Hoffnung, dass dann die fünf Millionen Flüchtlinge zurückkehren können. Aber diese Hoffnung ist eine Illusion.

Der Rückkehr stehen nämlich weniger die zerbombten Häuser oder die weitgehend zusammengebrochene Wirtschaft in Syrien entgegen, sondern die sehr begründete Furcht vor dem Kriegsverbrecher Assad und seinen Schergen. General Jamil Hassan, der Chef des gefürchteten Luftwaffenheimdienstes, in dessen Verliesen viele tausend zu Tode gequält wurden, lässt keinen Zweifel, wie die Zeit berichtete: Ein Syrien mit „zehn Millionen vertrauenswürdigen Leuten, die der Führung gehorchen“, sei besser als ein Land mit „30 Millionen Vandalen“, habe der General nach Angaben der Website The Syrian Observer gesagt.

Nach Hassans Worten stehen drei Millionen Syrer auf den Fahndungslisten. „Nach ihrer Rückkehr werden wir sie wie Schafe behandeln. Wir werden die schlechten aussortieren und die guten nutzen“, drohte der 64-jährige, der schon Assads Vater Hafis al-Assad als Offizier diente. Auch

Assad lässt keinen Zweifel über seine Absichten. Durch acht Jahre Krieg sei eine „gesündere und homogenere Gesellschaft“ entstanden. Das heißt im Klartext: Für Regimekritiker gibt es in dieser Gesellschaft keinen Platz mehr.

Zaman al-Wasl, eine Webseite der Opposition, belegt, dass das keine leeren Drohungen sind. Sie stellte eine Namensliste von 1,5 Millionen Bürgerinnen und Bürgern ins Netz, die von Assads Geheimdiensten gesucht werden, darunter viele Syrer, die ins Ausland geflohen sind.

Den Schalmeienklängen, mit denen Assad die Flüchtlinge zur Rückkehr auffordert, ist also nicht zu trauen. Genauso wenig wie Berichten auf Sputnik-News oder in Russia Today, die behaupten, immer mehr Flüchtlinge würden zurückkehren und in Syrien gut aufgenommen. Auch bei den sog. Versöhnungsabkommen mit Aufständischen, die in Enklaven eingeschlossen waren, hatte sich das Regime nicht an seine Versprechen gehalten. Sobald die Aufständischen ihre Waffen niedergelegt hatten, wurden viele von ihnen, darunter auch Ärzte und Krankenpfleger, verhaftet und gefoltert. Deshalb warnt das UN-Flüchtlingshilfswerk nachdrücklich. Die Voraussetzungen für eine Rückkehr in ein sicheres und würdiges Leben sind nicht gegeben. Und das wird sich nicht ändern, solange Assad an der Macht ist.

Was bedeutet das für die EU? Wenn die EU geschlossen agiert und kein Land der Versuchung erliegt, sich wegen der Flüchtlinge irgendwie mit Assad zu arrangieren, hat sie einen Hebel, um Syrien auf einen Weg zu Aussöhnung und demokratischen Reformen zu bringen. Keine Hilfe zum Wiederaufbau, solange Assad an der Macht ist – das muss die unmissverständliche Haltung der EU bleiben. Dann kommt die EU auch wieder ins Gespräch über die Frage,

wie denn eine Nachkriegsordnung in Syrien aussehen sollte und auf welchem Weg man dorthin kommen könnte. Vier verschiedene, aber miteinander verbundene Ebenen des Konflikts müsste man dabei gleichzeitig adressieren: zunächst die Konflikte zwischen dem Assad-Regime und verschiedenen Gruppen innerhalb Syriens sowie zwischen diesen. Dann die regionale Ebene: Der Syrienkrieg ist auch zu einem Stellvertreter-Krieg zwischen Saudi-Arabien und Iran geworden. Die Türkei ist wegen der Kurden involviert. Israel sorgt sich wegen der iranischen Präsenz in Syrien. Auf globaler Ebene sehen sich Russland und die USA auf verschiedenen Seiten. Gleichsam quer zu diesen Ebenen gibt es den Konflikt aller mit Daiesh, dem sogenannten islamischen Staat. Dieser hat zwar die Kontrolle über Territorien weitgehend verloren. Aber das Potenzial, Friedensprozesse nachhaltig zu stören, hat er behalten.

Nicht nur Treppen werden von oben gekehrt. Solange Russland und die USA nicht gemeinsame Vorstellungen von einer syrischen Nachkriegsordnung entwickeln, wird es nicht gelingen, deren jeweilige regionale Verbündete in einen solchen Prozess einzubinden. Russland möchte den gewonnenen Einfluss behalten, aber möglichst wenig dafür bezahlen. Aber auf Dauer nützt auch Putin ein zerstörtes Syrien nichts. Hier könnte die EU mit eigenen Vorstellungen ins Gespräch kommen.

Das europäische Konzept müsste auch auf einen Abbau der Spannungen zwischen Iran und Saudi-Arabien zielen. Zu einer einseitig gegen den Iran gerichteten Politik wäre Russland wegen der Rolle des Iran in Syrien nicht bereit. Fraglich ist allerdings, ob die USA unter Trump ihre Iran-Politik korrigieren würden. Um die vom Iran ausgehende Bedrohung zu mindern, könnte man im gleichen Format wie bei den

Nukleargesprächen über eine Beschränkung der Raketenrüstung verhandeln. Das käme auch den Sicherheitsinteressen Israels entgegen. Freilich müsste dem Iran dafür auch angeboten werden, eine angemessene Rolle in der Region zu spielen. Allerdings unter der Voraussetzung, dass der Iran künftig seine expansive Gewalt und die Unterstützung terroristischer Gruppen beendet. Für Syrien selbst ginge es zunächst um die Erhaltung der staatlichen Einheit in den bisherigen Grenzen. Das würde die Absage an einen Kurdenstaat bedeuten. Aber ohne Festhalten an den bisherigen Grenzen bekäme man weder die Türkei noch den Iran mit ihren jeweiligen kurdischen Minderheiten in ein Verhandlungsboot.

Ganz entscheidend wäre, wie der notwendige Versöhnungsprozess in Angriff genommen werden soll. Die Kriegsverbrechen müssten von unabhängigen, internationalen Kommissionen untersucht und die Schuldigen vor Gericht gestellt werden. Sonst werden die Wunden nicht heilen. Sehr früh müsste geklärt werden, wer während dieser Prozesse die Regierungsmacht ausübt. Mit den wichtigsten Oppositionsgruppen wäre zu klären, mit welchen Teilen des gegenwärtigen Regimes eine Zusammenarbeit möglich wäre, um zu einer vom Volk verabschiedeten neuen Verfassung zu kommen.

Zu jedem dieser Vorschläge fallen einem sofort viele Gegenargumente ein. Und selbst wenn es so käme, hätten wir einen sehr langen Weg vor uns bis zu einem stabilen und dauerhaften Frieden in Syrien. Wir sind deshalb in jedem Fall gut beraten, uns darauf einzustellen, dass die syrischen Flüchtlinge noch lange in Deutschland bleiben werden. Deshalb sollten wir ihnen dabei helfen, in Deutschland auf eigene Füße zu kommen. 

Leserbriefe

Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns. Bitte schreiben Sie uns: **Senioren-Union der CDU Deutschlands, Leserbriefe, Konrad-Adenauer-Haus, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin.** Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Schüler-Freitagsdemonstration

Zur Souverän 1-2019

Es sind die Freitage seit 2019, die etwas Besonderes signalisieren. Warum ist das so? An diesem Tag demonstrieren Schüler für die Umwelt. Sie fordern von den Verantwortlichen der Regierungen, der Politik, der Wirtschaft, dass endlich etwas gegen die Umweltzerstörung getan wird. Doch welchen Erfolg bringen in Deutschland Demonstrationen? Es gibt Beispiele: der Flughafen von Berlin, Stuttgart 21? Da werden sinnlose Projekte umgesetzt, die bar aller Logik und Ökonomie sind. Und das sind nicht die einzigen Themen. Man betrachte nur die große Vergiftungsaktion mit Glyphosat, oder die Erpressung zum Rüstungswettlauf. Und das sind nicht die einzigen Themen. ...

Alexander Gerst hat zu diesem Thema eindrücklich gesprochen. Nachdem die Wetterveränderungen allgegenwärtig und auch schon seit Jahren bekannt sind, wiegen die Warnungen von Astro-Alex besonders schwerwiegend. Allerdings: Seine Ausführungen zur Mondstation, gleichzeitig eine Startrampe um zum Mars zu starten, zeigen zwar, wozu die Menschheit fähig ist, aber welchen Sinn macht es, den Mond und den Mars urbar zu machen, wenn wir auf unserem Globus, der uns viel näher ist, genug Wüstengebiete haben, die begrünt werden können? ... Dazu sei gesagt: Es gibt genug Geld und auch reichlich Wasser unbegrenzt. Nur: Wo stecken die Mittel? Am 20.04.2017 wurde die Menschheit durch die Medien darüber informiert, dass die USA die Mutter aller Bomben in Afghanistan abgeworfen haben. Die Superbombe hat 16 Millionen Dollar gekostet. ... Welchen moralischen oder ethischen Grund gibt es, Milliardenbeträge in Vernichtungswaffen zu investieren? Welch ein Wahnsinn ist die Forderung, die Rüstungsausgaben noch zu steigern? Mit dem Geld könnte für die

Umwelt Gewaltiges erreicht werden. Da muss man den demonstrierenden Schülern höchste Anerkennung zollen. Welche Logik erlaubt es, Vernichtungswaffen zu bauen und damit zu drohen und sie auch anzuwenden? Sind das demokratische Grundsätze?

Georg Binder, 74653 Künzelsau

Droht der Blackout mit dem Kohleausstieg?

Zur Souverän 1-2019, S. 12-14

Vielen Dank für Ihren Artikel, aus dem deutlich hervorgeht, dass auch zukünftig Erdgaskraftwerke erforderlich sein werden. Allerdings glaube ich, dass bei steigendem Anteil von Windkraft und Photovoltaik die Schwankungen in gleichem Maß zunehmen werden, weshalb die Erdgaskraftwerke häufiger und länger laufen werden. Ihre heutigen Volllaststunden von ca. 4.000 Stunden sind ja deshalb so niedrig, weil die Auslastung so gering ist. Prinzipiell können Erdgaskraftwerke auch mit bis zu 6.000 Volllaststunden laufen. Es wäre aufklärend gewesen, wenn statt der Leistungsangaben besser die Energie, also die Strommengen, genannt worden wären, damit man sieht, dass die Kern- und Kohlekraftwerke trotz geringerer Leistung als die der erneuerbaren Energien etwa doppelt so viel Strom erzeugen wie die erneuerbaren Energien. Die reinen Leistungsangaben suggerieren das Gegenteil. Pumpspeicher zählen leider nicht zu den Langzeitspeichern. Auch wenn bei allen die Oberbecken gleichzeitig voll wären, ließe sich Deutschland damit nur ca. 6 Stunden lang versorgen. Vor der vielgepriesenen Nutzung des Überschussstroms muss geklärt werden, wie viel denn davon vorhanden ist. In Schleswig-Holstein waren es 2018 rund 3,3 TWh im Saldo, verteilt auf viele kleine unvorhersehbare Zeitintervalle, in denen im allgemeinen Strommix der Anteil an Windstrom etwas höher als üblich war. Das bedeutet etwa 400-500 Stunden im Jahressaldo. Zu seiner Nutzung kann er nicht separat herausgefiltert werden. Ein Betrieb von z.B. Elektrolyseuren zur Wasserstoffherstellung nur in Zeiten mit Überschussstrom wäre äußerst unwirtschaftlich, sie werden deshalb mit kontinuierlichem Verbrauch betrieben werden.

Dr. Ing. Friedrich Weinhold, 22851 Norderstedt



Der Autor: **Ruprecht Polenz** war von 1994 bis 2013 MdB und leitete von 2005 bis 2013 den Auswärtigen Ausschuss. Gegenwärtig ist er Präsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO).

BERÜCKSICHTIGUNG VON Pflegeleistungen IM ERBFALL

Die Anerkennung von Pflegeleistungen sowohl im Erbfall als auch bei lebzeitigen Schenkungen gewinnt zunehmend an Bedeutung.

1. Anerkennung von Pflegeleistungen bei lebzeitigen Schenkungen

Übertragen Eltern zum Beispiel ihrem Kind lebzeitig das Familienheim, erfolgt dies nicht selten – neben anderen Regelungen wie z.B. der Vereinbarung eines Wohnungsrechtes – auch gegen Verrechnung mit Pflegeleistungen, die das Kind gegenüber den Eltern bzw. dem übertragenden Elternteil erbringt. Zunächst ist eine solche Verpflichtung sorgsam zu formulieren, insbesondere deren Entstehung, der Umfang, das Ruhen und Erlöschen dieser Verpflichtung unter Ausschluss von möglichen Ansprüchen, zum Beispiel im Fall eines Wegzuges des Pflegeberechtigten wegen Heimaufenthaltes.

a. Noch keine Pflegebedürftigkeit bei Übertragung
Sofern im Zeitpunkt der Übertragung der Immobilie die Pflegebedürftigkeit noch nicht eingetreten ist, wird die Schenkung steuerlich ohne Abzug dieser Gegenleistung gewertet. Tritt die Pflegebedürftigkeit nach der Schenkung bzw. Teilschenkungen ein (wenn z.B. Abzüge für ein Wohnungsrecht vorgenommen werden), wird diese ab dem späteren Zeitpunkt entsprechend ihrem Umfang, dem Alter der pflegebedürftigen Person und deren Geschlecht bewertet. Der sich daraus ergebende Wert der Pflegeleistung wird im Rahmen der Änderung eines gegebenenfalls zuvor ergangenen Schenkungsbescheides nach § 175 AO berücksichtigt. Eventuell zu viel gezahlte Schenkungsteuer wird zurückerstattet. Zu beachten sind daneben mögliche grunderwerbssteuerliche Auswirkungen. Ferner ist zu beachten, dass die entgeltliche Pflegeleistung Einkommensteuer auslösen kann.

b. Pflegebedürftigkeit bereits bei Übertragung
Liegt bereits zum Zeitpunkt der Übertragung der

Immobilie Pflegebedürftigkeit vor, wird schenkungssteuerlich der Abzug des kapitalisierten Wertes der Pflegeleistung unmittelbar vorgenommen, und es bedarf keiner nachträglichen Änderung des Schenkungsbescheides.

2. Anerkennung von Pflegeleistungen in letztwilligen Verfügungen

In einer letztwilligen Verfügung kann die Pflegeleistung zum Beispiel durch Zuwendung eines erhöhten Erbteils oder eines Vermächtnisses anerkannt werden. Für den Pflegenden besteht hierbei allerdings das Risiko, dass der Erblasser sein Testament vor seinem Ableben zu dessen Ungunsten ändert. Für eine verbindliche Regelung bietet sich in solchen Fällen ein beidseitig bindender Erbvertrag an. Daneben besteht die Möglichkeit, Pflegeleistungen durch einen privatschriftlichen Vertrag zu vereinbaren.

3. Anerkennung von Pflegeleistungen durch Gesetz

Wird eine testamentarische oder erbvertragliche Regelung über die Pflegeleistung nicht getroffen, gilt nach § 2057a Abs. 1 BGB, dass ein Abkömmling, der durch Mitarbeit im Haushalt, Beruf oder Geschäft des Erblassers während längerer Zeit, durch erhebliche Geldleistungen oder in anderer Weise in besonderem Maß dazu beigetragen hat, dass das Vermögen des Erblassers erhalten oder vermehrt wurde, bei der Auseinandersetzung eine Ausgleichung unter den Abkömmlingen verlangen kann, die mit ihm als gesetzliche Erben zur Erbfolge gelangen.

Hat also nur eines von zwei Kindern Pflegeleistungen erbracht, kann das pflegende Kind danach einen Ausgleich in Höhe des Wertes der Pflegeleistung beanspruchen. Betrug z.B.

der Wert der Pflegeleistung 20.000 Euro, und beläuft sich der Nachlasswert auf 100.000 Euro, so steht bei der gesetzlichen Erbfolge der beiden Kinder ein zu teilender Nachlass im Wert von 100.000 Euro – 20.000 Euro, also 80.000 Euro zur Verfügung. Das nichtpflegende Kind erhält dann im Weg der gesetzlichen Erbfolge nach Ausgleichung 40.000 Euro, das pflegende Kind 60.000 Euro.

Eine Ausgleichung kann nach § 2057a Abs. 2 BGB nicht verlangt werden, wenn für die Pflegeleistungen ein angemessenes Entgelt gewährt oder versprochen wurde. Nachteil der Regelung in § 2057a BGB ist, dass diese nur für Abkömmlinge und nur bei gesetzlicher Erbfolge (ohne Testament) gilt. Abhilfe kann hier nur geschaffen werden, indem der Erblasser entweder einen entsprechenden Erbvertrag mit dem pflegenden Angehörigen abschließt, der die Pflegeleistungen berücksichtigt, oder indem er eine lebzeitige Vereinbarung über die Vergütung der Pflegeleistung mit der pflegenden Person trifft oder diese im Weg der vorweggenommenen Erbfolge unter Anerkennung der Pflegeleistung bedenkt.

4. Die wirtschaftliche Seite der Pflegeleistung

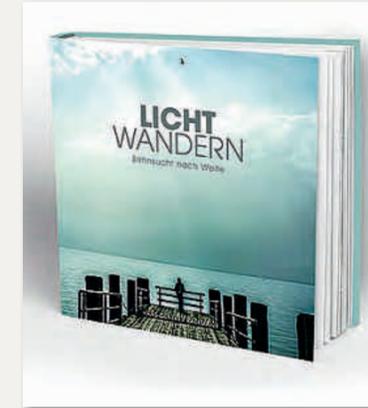
Nach § 13 Abs. 1 Nr. 9 Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz besteht ein Freibetrag von 20.000 Euro, wenn ein steuerpflichtiger Erwerb bei Personen anfällt, die dem Erblasser unentgeltlich oder gegen unzureichendes Entgelt Pflege oder Unterhalt gewährt haben, soweit das Zugewendete als angemessenes Entgelt anzusehen ist.

Entgegen der Auffassung der Finanzverwaltung in den Erbschaftssteuerurteilen geht der Bundesfinanzhof (Urteil vom 10.05.2017, II R 37/15) davon aus, dass auch gesetzlich

unterhaltsverpflichtete Angehörige den Freibetrag beanspruchen können. Die Bewertung der Pflegeleistungen bestimmt sich nach den gesamten Umständen des konkreten Einzelfalls, insbesondere den vertraglich vereinbarten Leistungen. Es bestehen nach Ansicht der Finanzverwaltung keine Bedenken, wenn für erbrachte Leistungen ein pauschaler Satz von 11 Euro je Stunde angesetzt wird. Dieser Betrag ergibt sich aus dem Mittelwert des Verhältnisses der derzeit gesetzlich festgelegten monatlichen Pauschalvergütung bei Inanspruchnahme von Pflegeschleistungen (§ 36 Abs. 3 SGB XI) zu dem jeweiligen Zeitaufwand für die erforderlichen Leistungen der Grundpflege und der hauswirtschaftlichen Versorgung (§ 15 Abs. 3 SGB XI), aufgerundet auf einen vollen Eurobetrag. Der pauschale Satz ist anzusetzen, unabhängig davon, ob, und wenn ja, in welcher Pflegestufe die zu pflegende Person eingestuft ist. Diese Beträge sind zu kürzen, soweit die pflegebedürftige Person Pflegegeld aus der Pflegeversicherung oder einer Pauschalbeihilfe nach den Beihilfevorschriften erhält und diese zu Lebzeiten an die verpflichtete Pflegeperson weitergibt. Die Weitergabe selbst ist nach § 13 Abs. 1 Nr. 9a ErbStG von der Schenkungssteuer befreit.

Die Autorin: Rechtsanwältin **Susanne R. Wellmann LL.M.**, Bad Honnef, ist spezialisiert auf Erbschafts- und Erbschaftssteuerrecht.

BUCHTIPP



LICHTWANDERN

„Lichtwandern“ ist der Versuch, die Welt durch die Kamera neu zu entdecken. Bei dieser Form des Fotografierens werden Bilder nicht gejagt, sondern erschließen sich dem Betrachter von selbst, wenn er sich zurücknimmt und in seine Umgebung hineinhört. Wer auf diese Weise unterwegs ist, öffnet sich neu für die verzaubernde Schönheit der Welt und die bunte Vielfalt des Lebens. Hans-Günther Kaufmann dokumentiert in Bild und Text den Weg des „Lichtwanderns“, den er als bekannter Fotograf selbst über Jahrzehnte gegangen ist. Dabei würdigt er auch Weggefährten, die ihn besonders geprägt haben, worunter der Benediktinerabt Odilo Lechner (1931-2017) eine besondere Rolle einnimmt, mit dem er immer wieder in innerer Zwiesprache steht. Freunde und Kursteilnehmer des Projektes „Lichtwandern“ kommen gleichfalls mit eigenen Bildern und Meditationen zu Wort, welche die heilende Kraft eines „Sehens, das guttut“ dokumentieren. Hans-Günther Kaufmann: Lichtwandern, eos-Verlag, St. Ottilien 2019, 144 Seiten, ISBN 978-3-8306-7944-8, Euro 19,95

BEEINDRUCKENDE NAHTODERFAHRUNGEN

– Zeichen des Himmels
Vorwort von Marc Aillet, Bischof von Bayonne, Lescar und Oloron

Es sind die Religionen, die ernst zu nehmende Argumente dafür vorbringen, dass die irdische Existenz nicht mit dem Tod endet. So ungewöhnlich die Berichte über Nahtoderfahrungen auch sein mögen, so gibt es seit vielen Jahren wissenschaftliche Untersuchungen, die sich mit diesem Phänomen beschäftigen. Für die Betroffenen ist es eine existenzielle Erfahrung. Ihre Sicht auf das Leben ändert sich nachhaltig und ihre Angst vor dem Tod schwindet.

In diesem Buch werden bemerkenswerte Zeugnisse von Menschen wiedergegeben, die Nahtoderfahrungen erlebt haben. Der Autor, Dr. Patrick Theillier, langjähriger Leiter und verantwortlicher Arzt des Medizinischen Büros von Lourdes, ist überzeugt, dass es sich bei den Nahtoderfahrungen um Zeichen des Himmels handelt, die uns Einblick in das unsichtbare Leben geben sollen.



Dr. Patrick Theillier: Beeindruckende Nahtoderfahrungen – Zeichen des Himmels, Media-Maria-Verlag und Versandbuchhandlung, Illertissen 2019, 224 Seiten, ISBN 978-3-9479310-1-9, Euro 18,95

radio horeb
Leben mit Gott

Für jeden Geschmack was dabei!

bundesweit im Digitalradio
Tel: +49 8328 921-110

Radio Horeb ist rein spendenfinanziert. | www.horeb.org



Flusskreuzfahrten 2020 in ihrer schönsten Form

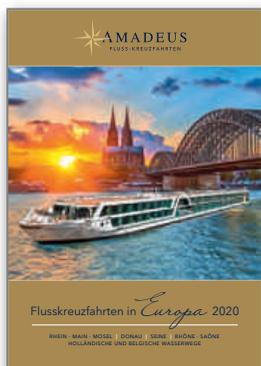


Wohnbeispiel Suite

Eine AMADEUS-Flusskreuzfahrt verbindet auf wunderbare Weise die Annehmlichkeiten eines schwimmenden Premium-Hotels mit dem Entdecken von Ländern und Menschen entlang Europas schönster Wasserwege. An Bord eines unserer Schiffe gleiten Sie durch traumhafte Landschaften, lernen pulsierende Metropolen und unzählige Kulturjuwelen kennen – und genießen höchste Qualitätsstandards in puncto Ausstattung, Gastronomie und Service.



Wohnbeispiel 2-Bett-Kabine



SÜDFRANKREICH ERLEBEN:

7 Nächte Lyon – Chalon-s.-S. – Arles – Lyon
mit 15% Frühbucherbonus* pro Person ab

917,- €

KLASSISCHER RHEIN:

7 Nächte Basel – Amsterdam oder Amsterdam –
Basel mit 15% Frühbucherbonus* pro Person ab

994,- €

DIE DONAU BIS INS DONAUDELTA:

15 Nächte Passau – Donaudelta – Passau
mit 15% Frühbucherbonus* pro Person ab

2.048,- €

Plus exklusiv für SU-Mitglieder: 100 € Bordguthaben pro Kabine!

Katalog, Beratung und Buchung bei Amadeus Flusskreuzfahrten. Kostenlose Hotline: **0 800/2404460**
E-Mail: info@amadeus-flusskreuzfahrten.de · www.amadeus-flusskreuzfahrten.de

*Bitte beachten Sie: Der Frühbucherbonus in Höhe von 15% – in Kombination mit 100 Euro Bordguthaben pro Kabine – gilt auf den reinen Kreuzfahrtpreis (ohne Ausflüge) auf alle Reisen und Termine 2020 bei **Buchung bis 30.11.2019**. Es gelten die Allg. Reisebedingungen von Amadeus Flusskreuzfahrten.